



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 53.

Berlin, den 31. März 1918.

12. Jahrgang.

Das vierte Kriegs-Ostern.

Berlin, den 26. März 1918.

Oster-Hoffnung.

In Sonne badet sich das Feld.
Die Knospen springen
Und die Lüfte wehen
So mild.
Und alles atmet frohes Auserstehn.
Die Kinder tanzen auf den Frühlingswiesen
Und spielen in dem goldnen Licht.
Reise zitternd, hingegeben schließen
Die Blumen auf ihr buntes Angeischt.
Und uns're Sehnsucht wird so stark und bang.
Sie treibt uns aus den dumpfen Räumen,
In Glanz und Duft zu wandeln und zu träumen
Und still zu lauschen lieber Vöglein Sang.
Und unsere Augen öffnen sich so weit,
Sie sehen, wie trotz Haß und Morden,
Die Erde licht und schön geworden
In duftig grünem Feierkleid.
Und eine Frage regt sich in den Herzen
So mächtig groß:
Sind wir nicht Kinder einer Mutter Erde
Scheint uns nicht Allen eine Frühlingssonne?
Und eine feste Hoffnung ringt sich los
Nach all den Schmerzen
Und den bitteren Stunden,
Nach Millionen tiefgeschlagenen Wunden,
Daß allen Menschen wieder Frühling werde.

Bruno Schönlant.

Vergaste Ostern.

„Christ ist erstanden von seiner Marter all.
Deß sollen wir alle froh sein, Christus will unser Herr sein. Kyrieleis!“ heißt es in einem uralten Kirchenliede. Aber heute, an den Ostertagen des Jahres 1918, will keine rechte Osterfreude aufkommen. Und nur die, die ohne Gewissensstrupel den „auferstandenen Gottesohn, Heiland und Erlöser“ in eine Ideengemeinschaft bringen können mit Gasangriffen, Minenwerfern und Trommelfeuer, können froh sein. Wer aber mit offenen Augen und fühlendem Herzen unter dem gemeinen Volke wohnt, wer sich den Sinn bewahrt hat für die ökonomische Notwendigkeit und sittliche Größe einer allgemeinen Menschheitskultur, der fühlt in diesen Tagen doppelt schmerzlich, daß die Welt noch nicht erstanden ist von ihrer Marter all. Und in demselben Augenblick, in dem Tausende von Priesterlippen die Grabesprengung durch den Welterlöser preisen, schließen sich zahllose Gräber über Zehntausenden von blutigen Männerleichen.

Im Westen verschlingt dämonisch-wildes Kampfgetöse den Klang der Osterglocken, liegt fahler Gasdampf statt frischem Frühlingsgrün über dem Land. Im Osten aber ziehen die Gaschwaden verbissenen Völkerhasses, nationalen Habers und sozialer Unterdrückung über die Staaten. Der Völkerfrieden, den die Welt braucht, der alles Völkerwürgen und alle Vernichtungstaferei fernerhin unmöglich macht, liegt noch in des Grabes Dunkel. Noch zu schwach sind die Kräfte, die den Stein von seines Grabes Tür zu wälzen versuchen. Und doch muß immer wieder zugepackt werden, wenn die Hände auch Schwielen bekommen und das Blut unter den Nägeln hervorspricht. Immer mehr Häufte müssen in allen Ländern ans Werk gehen, daß die Völker sich endlich aus den Trümmern einer zerschlagenen

Welt ein neues Heim bauen. Wir können nur wiederholen, was wir am dritten Kriegsostern sagten: Die Völker dürfen sich nicht wieder wie Raubtiere ineinander verkralen, ein neues Weltgolgatha muß der Menschheit erspart werden. Alle Kraft, alle Energie, alle Opfer, alle Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik, die die Völker jetzt in den Dienst der Vernichtung stellen, muß künstlich angewendet werden, aus den Trümmern neues Leben erstehen zu lassen und diesem Leben eine dauernd friedliche und freie Entwicklung zu sichern. Das vermögen aber weder die christliche Sitten- und Glaubenslehre, noch das nationale Machtevangeliem, noch platonische Friedenshymnen, sondern einzig und allein der Sozialismus, der auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens fest zupackt, der seine tausend Hände sich regen läßt auf dem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Arbeitsfeld, der aber nur wirken, vorwärts drängen und zum Ziele gelangen kann, wenn die Massen des arbeitenden Volkes an der Gestaltung ihres Geschickes interessiert und zu tatkräftiger Mitwirkung herangezogen werden.

Noch liegen dicke Gaswolken über breiten Schichten der Massen. Und Leute, die vier Jahre lang zu allen Kriegsforderungen Ja und Amen gesagt haben, bemühen sich noch immer, mit pseudo-sozialistischen Gasen die Köpfe der Arbeiter zu unnebeln. Die Ereignisse der letzten Zeit haben uns gezeigt, daß ihnen das immer noch gelingt. Da ist es für uns, die wir vom internationalen Sozialismus Heil und Rettung jetzt und in der kommenden konfliktsschwangeren und lastenschweren Friedenszeit erwarten, doppelte Pflicht, den Sturmwind des freien Geistes und zielsicherer Aufklärung über die Massen dahinbrausen zu lassen, um all den Nebel und Wust, der ihre Köpfe noch umlagert schwarz und dicht, davonzuwehen. „Arbeiten und nicht verzweifeln“, muß mehr denn je unsere Parole sein; dann wird auch für das Völkerleben das Dichterwort Geltung behalten:

Doch die Erfahrung immer blieb:
Ein Morgen folgt nach jeder Nacht,
Und jedem Ostern, bang und trüb,
Folgt eines Pfingstens lichte Pracht!

Ostereier für das deutsche Volk.

Der Reichstag hat, ehe er am 23. März bis zum 16. April in die Osterferien gegangen ist, eine Anzahl bedeutsamer und folgenschwerer Entscheidungen gefällt. Zunächst haben sämtliche Parteien einschließlich des Regierungsozialismus dem Notetat, der vorläufigen Feststellung des Reichsbudgets, ihre Zustimmung gegeben. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie hat gegen den Notetat gestimmt. Genosse Haase hat für die Haltung der Fraktion eine entsprechende Erklärung abgegeben.

Weiter hat der Reichstag die 9. Kriegskreditvorlage in Höhe von weiteren 15 Milliarden angenommen. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie hat dagegen gestimmt. Genosse Eduard Bernstein verlas im Namen der Fraktion eine entsprechende Erklärung.

Natürlich hat der Regierungsozialismus auch diesmal die Kriegskredite bewilligt. Der Abgeordnete Ebert gab eine Erklärung ab, in der die alten nationalsozialistischen Gedankengänge wiederkehrten, deren Fadscheinigkeit durch die brutalen Tatsachen der letzten Monate doppelt stark in Erscheinung tritt. Die regierenden Ge-

walten werden sich daher auch herzlich wenig um die Vorbehalte und Wünsche kümmern, die Herr Ebert in seiner Erklärung noch vorbrachte. Sie wissen aus den Erfahrungen der vier Kriegsjahre, daß ihnen der Regierungsozialismus in allen ausschlaggebenden Fragen keine Schwierigkeiten machen wird, wenn seine Wünsche in den Papierkorb wandern.

Die Kriegskredite haben diesmal in der regierungsozialistischen Fraktion lange Auseinandersetzungen verursacht, es sollen aber schließlich nur 16 Abgeordnete gewesen sein, die die Ablehnung gewünscht haben. Und so haben sie denn alle im Namen der geheiligten Disziplin die Mitverantwortung für den blutigsten und brutalsten Schlußakt der Weltkriegstragödie übernommen.

Des weiteren hat der Reichstag dem Ostfrieden, d. h. dem der russischen Bolschewiki-Regierung aufgezwungenen Frieden, zugestimmt. Das Wesen dieses Friedens ist vom Genossen Ledebour mit aller Gründlichkeit dargelegt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie einem solchen Frieden, der eine Anzahl neuer Konfliktstoffe in seinem Schoße birgt, den wirtschaftlichen, politischen, nationalen und sozialen Verhältnissen im Osten eine gewaltsame und unhaltbare Lösung aufzwingt und dem deutschen Volke ungeheure Rüstungslasten aufbürden wird, nicht zustimmen konnte. Und da der Sonderfrieden mit der Ukraine und mit Finnland im engsten Zusammenhange mit diesem Ostfrieden steht, mußte sie auch diese Sonderfriedensschlüsse ablehnen.

Der Regierungsozialismus, festgelegt auf den sozialimperialistischen Kurs der Generalkommission der Gewerkschaften einerseits, andererseits gebunden an den friedlichen Imperialismus seiner kapitalistisch-bürgerlichen Bloßbrüder, der Mehrheitsparteien, sah in der Frage des Ostfriedens in einer furchtbaren Zwidmühle. Hätte er ihm zugestimmt, so wäre er für die sozialistische Internationale für immer erledigt gewesen und auch den deutschen Arbeitern wäre damit etwas schneller, als es sonst der Fall sein kann, der Star gestochen worden über die Sorte von Sozialisten, die sich frei und offen zu einem imperialistischen Schwertfrieden bekennen. Unbedingt ablehnen konnte der Regierungsozialismus den Ostfrieden auch nicht, dazu bangte ihm zu sehr um seinen „Einfluß“ auf die Regierung und um die Freundschaft seiner bürgerlichen Bloßbrüder. Er kam daher zu einem heroischen Entschlusse und entschied sich für Stimmenthaltung. Herr Scheidemann gab dazu folgende Erklärung ab:

„Das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, den Krieg nach erfolgreicher Verteidigung des Landes durch einen wahrhaften Völkerfrieden zu beenden, der — auf Verhandlung gegründet — für die Zukunft die Anwendung kriegerischer Gewalt ausschließt.“

Dieses Ziel ist mit dem vorliegenden Friedensvertrag nicht gefördert worden. Die Mittelmächte hätten verprochen, eine Verständigung mit Rußland über das Selbstbestimmungsrecht der Völker herbeizuführen. Im Widerspruch damit haben sie den Verzicht Rußlands auf Polen, Litauen und Kurland von vornherein verlangt.

Diese im Osten betriebene Machtpolitik wird den Interessen des Deutschen Reiches, die eine dauernde Verhängung der Verhältnisse und eine enge Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volke erfordern, nicht gerecht.

Wir müssen fordern, daß das wirkliche demokratische Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands gesichert wird, damit ein dauerndes Freundschaftsverhältnis Deutschlands mit ihnen sowie mit dem russischen Volke nicht unmöglich gemacht wird.

Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrages, bei dem der Reichstag ausgeschloffen war, und mit wesentlichen Teilen seines Inhalts nicht einverstanden erklären.

Da aber durch diesen Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn auch nicht ablehnen. Aus diesen Erwägungen werden wir uns der Abstimmung enthalten. Dem Vertrag mit Finnland stimmen wir zu. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die militärische und politische Regierung Deutschlands, die bereits die berühmte Friedensresolution vom 19. Juli fastlächelnd in Fetzen gerissen hat, wird sich durch diese Erklärung ungeheuer imponieren lassen. Sie wird sie um so mehr als Makulatur betrachten, als die Bloßbrüder des Herrn Scheidemann, Zentrum, Fortschrittler und Nationalliberale, zum Ostfrieden ihren Segen gegeben haben. Im übrigen kann der Regierungssozialismus durch seine mannhafte Stimmhaltung die Mitschuld nicht wegstamotieren, die er durch seine ganze Kriegspolitik auf sich genommen hat und durch die ein solcher Gewaltfrieden im Osten zustandekommen konnte.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir eine kleine Probe von der „anständigen“ Kampfesweise geben, auf die der „Vorwärts“ ein Patent hat. Wir hatten in der vorigen Nummer geschrieben, daß der Regierungssozialismus wahrscheinlich den Ostfrieden schluden werde. Das war am 19. März, weil da die vom 24. März datierte Nummer des Mitteilungsblattes abgeschlossen werden mußte, aus Gründen, die für den braven „Vorwärts“ nicht in Betracht kommen. Zahlreiche Äußerungen der J. K., der „Globe“ usw. ließen die Annahme nur zu gerechtfertigt erscheinen, daß die Fraktion Scheidemann mit allerlei Wenn und Aber dem Ostfrieden zustimmen werde. Nun, sie hat es nicht getan, sie hat den Ostfrieden aber auch nicht abgelehnt. Die klugen Herren im „Vorwärts“ wissen ganz genau, unter welchen Umständen unser Blatt hergestellt werden muß. Das hindert sie nicht, über die „unläutersten Kampfmittel“ zu zetern und uns der Arbeiterschaft als Lügner hinzustellen. Sie behaupten dreist und gottesfürchtig, wir hätten am 24. März behauptet, der Regierungssozialismus habe am 23. März dem Ostfrieden zugestimmt. Dabei stand über unserem Artikel groß und breit das Datum des 19. März. Solche Leute haben wirklich nötig, sich über die „unläuterste Kampfesweise“ der andern aufzuregen.

In die vorösterliche Reichstagsperiode fallen auch allerlei interessante und für später wertvolle Auseinandersetzungen über die Vorgeschichte des Krieges: Die Bethmann-Depesche an den deutschen Botschafter v. Schön am 31. Juli 1914, die Lichnowsky-Denkschrift und der Mühlton-Brief, Dinge, auf die wir in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen können, über die aber sicherlich das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Während zurzeit im Inlande mit Hochdruck für die achte Kriegsanleihe Propaganda gemacht wird, hat im Westen die lang erwartete Offensive eingesetzt, gegen die wahrscheinlich alle bisherigen Flandern-, Somme-, Aisne- und Verdun-Schlachten an Heftigkeit verblissen werden. Die deutschen Heeresberichte konnten von einem vollen militärischen Erfolge des ersten Aktes dieses Ringens berichten: Bei Cambrai wurde in 25 Kilometer Breite Bresche in die erste und zweite englische Stellung gelegt. Aus der Fülle der amtlichen und halbamtlichen Siegesmeldungen wollen wir zwei für die einer späteren Zeit vorbehaltene Würdigung festhalten:

„Amittl. Berlin, 23. März. (B.T.B.)

Ihre Majestät die Kaiserin erhielt folgendes Telegramm:

„Freue Mich, Dir melden zu können, daß durch Gottes Gnade die Schlacht bei Monchy-Cambrai-St. Quentin-La Bère gewonnen ist. Der Herr hat herrlich geholfen. Er wolle weiter helfen. Wilhelm.“

Und weiter:

„Berlin, 23. März. (B.T.B.)

Ueber den ersten erfolgreichen Großkampf der deutschen Offensive gegen die englische Front wird berichtet: Der Nachthimmel rötet sich flammend vom Mündungsfeuer tausender deutscher Geschütze. Der Engländer antwortet nur schwach. Gaswolken, die sich auf seine Batterien senken, tun ihre Schandtat. Um 8 Uhr 40 Minuten fallen die Minenwerfer ein, eine Stunde später beginnt der Sturm. Die Stimmung ist wild entschlossen. Die Infanterie tritt an. Ueberall kommt sie aus den Gräben. Die ersten Wellen haben

kaum Verluste. Um 11 Uhr ist die Linie Fargicourt-Ponten erreicht. Die Luft ist dick vom Nebel, untermischt mit Geschosbrauch und Gaschwaden. Die englische Abwehr verstärkt sich. Gegenangriffe werden ungesetzt. Tanks kommen herangerast. Man sieht stellenweise keine zehn Schritt weit, aber der deutsche Angriff geht weiter. Die englische Artilleriebeschussstellung wird an zahlreichen Stellen überschritten. Im Housfroywalde werden allein vier Batterien genommen. Gegen Mittag weicht der Nebel. Die Luft schwirrt von Fliegern. Die ersten englischen Gefangenen kommen nach rückwärts. Erst kleine Trupps dann immer mehr. Bleich, erschöpft, gebrochen, berichten sie: Das deutsche Schmelzfeuer hat verheerend gewirkt, die Gräben sind voll Toten. In den Artilleriestellungen liegt die Bedienung vergast über den Geschützen. Die Engländer haben den Angriff an dieser Stelle nicht erwartet. Zum mindesten rechneten sie mit einem späteren Zeitpunkt. Die Ueberraschung ist vollkommen gelungen.“

Das bolschewistische Russland.

Am 21. März hat der Vorsitzende des Komitees für auswärtige Angelegenheiten im Sowjet, Gen. Petrow, die offizielle Mitteilung der russischen Regierung von der Vollziehung des Friedensvertrages in Berlin überreicht. Genosse Petrow ist sofort nach seiner Ankunft aus Moskau mit seinem altverehrten Freund Kautsky zusammengetroffen und hat erst dann weitere Besuche gemacht oder empfangen. — Seine Berichte aus Russland lassen sehr vieles in einem ganz anderen Lichte erscheinen, als es die deutschen Zeitungen, von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bis zum „Vorwärts“, bisher verbreiteten. Dazu gehört auch das Verhältnis zu den deutschen Regierungssozialisten, von denen man auch in Russland nicht angenommen hat, daß sie den russischen Friedensvertrag offen ablehnen werden. Von Interesse in diesem Zusammenhang ist folgende Meldung der „Times“ vom 9. März:

„Der Sowjet gibt bekannt, daß Genosse Lenin an den Bevollmächtigten in Schweden, Morowski, ausdrücklichen Befehl erteilt hat, keinerlei, auch nicht die geringsten Verbindungen mit den deutschen Sozialimperialisten zu unterhalten. Die Gruppe Scheidemann und David ist gewiß gezwungen worden, eine Vereinbarung mit den direkten Feinden unserer Klasse, den deutschen Imperialisten, zu treffen. Wir können uns aber keineswegs mit Verrätern der arbeitenden Klassen, wie es die Anhänger Scheidemanns sind, in Verhandlungen einlassen.“

Damit steht freilich nicht im Einklang die Behauptung des „Vorwärts“, daß Genosse Petrow den dringenden Wunsch geäußert habe, mit Scheidemann zu sprechen und daß diese Unterredung auch stattgefunden habe. Auch von dem Besuche Petrows in der „Vorwärts“-Redaktion weiß der „Vorwärts“ zu berichten. Aus dem Berichte über diesen Besuch wollen wir einige interessante Angaben Petrows, für deren richtige Wiedergabe wir natürlich dem „Vorwärts“ die Verantwortung überlassen müssen, unseren Lesern mitteilen:

„Der Sowjetkongress wird von den einzelnen Sowjets von Fall zu Fall gewählt, und zwar in der Weise, daß auf je 25 000 Sowjetwähler ein Kongressmitglied entfällt. Der Moskauer Sowjetkongress, der den Frieden ratifizierte, war der vierte seiner Art. Jeder neu zusammentretende Sowjetkongress wählt auch das aus 200 Mitgliedern bestehende Zentralerekutivkomitee neu.“

Die alte Gerichtsbarkeit besteht nicht mehr, das bürgerliche Gesetzbuch ist außer Kraft, gewählte Revolutionstribunale sprechen Recht auf Grund erlassener Dekrete.

Die Fabriken werden von den Arbeitern selbst verwaltet. Der Verkehr zwischen Industrie- und Agrarprodukten erfolgt vielfach, so im Ural, auf dem Wege des direkten Austausches. Kräfte zur technischen Leitung der Industrie stehen in genügendem Maße zur Verfügung.

Die sozialen Reformen finden den allgemeinen Beifall der Bevölkerung. Auch die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die vollständig frei sind, haben für sie vielfach Verständnis. Viele dieser Kriegsgefangenen haben in der Ukraine gegen die Rada und die Konterrevolutionäre mitgekämpft.

Nur Tage in Finnland erklärt Genosse Petrow, die rote Garde sei zahlenmäßig viel härter als die Weiße, diese aber werde von Deutschland und Schweden aus durch Offiziere und Kriegsmaterial unterstützt.

Ueber den Frieden sagte Genosse Petrow: Wir in Russland sind der Meinung, daß wir, indem wir diesen Frieden annehmen, nicht gegen unsere deutschen und österreichischen Genossen handelten. Einverstanden mit diesen Friedensbedingungen ist in Russland kein Mensch, und nur eine Korke Reals-

lung, die sich durch soziale Reformen das Vertrauen des Volkes gewonnen hatte, konnte diesen Frieden, der notwendig geworden war, durchsetzen. Eine Abänderung der Friedensbedingungen erwarten wir jedoch nicht von kriegerischer Gewalt. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß die radikale Veränderung aller Verhältnisse, die dieser Krieg mit sich bringen muß, es uns ermöglichen wird, die Probleme, die durch diesen Friedensvertrag entstanden sind, mit unseren Genossen in Deutschland und in den anderen Ländern zu lösen.

Genosse Petrow versprach, uns das ganze Material zum Verständnis der in Russland vollzogenen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen zur Verfügung zu stellen. Er sieht darin ein Mittel, die Sozialisten der ganzen Welt zu den bolschewistischen Auffassungen zu bekehren. Mit großer Entschiedenheit vertrat Genosse Petrow die Ansicht, daß das System der Sowjetregierung einen Fortschritt über die bürgerlichen Normen der Demokratie hinaus bedeute. Er rechtfertigt die Befestigung der Konstituante, da nicht diese, sondern der Sowjetkongress die wirkliche Volksvertretung darstelle.“

Jetzt aber kommt in dem „Vorwärts“-Berichte etwas, was man nur mit ingrimmiger Heiterkeit genießen kann. Es heißt nämlich weiter:

„Darüber entwickelte sich naturgemäß eine aufgeregte Unterhaltung, die aber trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten im Geiste sozialistischer Kameradschaftlichkeit geführt wurde.“

Ja, wie ist uns denn?! Die Druckerchwärze ist doch kaum trocken, mit der in demselben „Vorwärts“ Herr Otto Braun den „dicken Trennungsschritt“ zwischen seiner Partei und den Bolschewiki zweimal gezogen, mit der er die Bolschewiki mit den Ehrentiteln „Anarchisten“, „Verbrechergesellschaft“ und dergleichen bedacht hat. Und die Herren Stampfer, Janson usw. haben bis in die neueste Zeit hinein in die gleiche Kerbe gehauen. Aber jetzt, wo ein hervorragender Vertreter dieser „anarchistischen Verbrecherbande“ nach Berlin kommt, heißt es auf einmal „Genosse vorn und „Genosse“ hinten und man schleimt sogar mit frommem Augenausschlag von „sozialistischer Kameradschaftlichkeit“.

Es sind doch prächtige Charakterköpfe, unsere deutschen Regierungssozialisten!

Annexionistischer Verständigungsfriede.

II.

„Eisen ist... in der Tat das dringendste Bedürfnis. Eisen für die harte schaffende Arbeit im Frieden, Eisen für die härtere vernichtende im Kriege. Die Welt wird einmal erkennen, was Deutschland während dieses Krieges durch seine Eisenproduktion geleistet... hat.“

Diese Worte, mit denen Professor Gothein seine Ausführungen begann, bilden auch die Erklärung des „hohen Willens“, der „Aniffe“ und „Schlänen“ der französischen Regierung. Name ein annexionistischer wirklicher Verständigungsfriede zuzuhause — kein „weiterer“ im Sinne der Schwerindustrie — sondern ein solcher Friede, hinter dem keine neue Kriegsberedtschaft lauert, so hätte Frankreich keinerlei Anlaß, durch Verwaltungsschlüssen die Ausfuhr des Erzes, für die harte schaffende Arbeit des Friedens nach Deutschland zu erschweren. Vergessen wir nicht, daß schon während der letzten Jahrzehnte die französische Politik unter dem Einfluß der alldutschen und annexionistischen Propaganda nervös zu werden begann. Denken wir daran, daß die „Aniffe“, von denen Gothein spricht, in die Zeit fallen, wo der Panterisprung nach Agadir stattfand, die neue Militärvorlage eingebracht wurde, kleine Nadelstiche auch diesseits geübt wurden, wie das auch von Gothein erwähnte Jagdverbot für Franzosen im Elsaß.

Wir stimmen Gothein vollkommen darin bei, daß ein etwa im Friedensvertrag festgelegtes deutsches Vorkaufrecht auf eine bestimmte Tonnenzahl Erz keineswegs zum Ziele führt. Ebenso sind wir mit Gothein einer Ansicht, daß auch der Weg der Konzessionserteilung nicht gangbar ist. Gothein erzählt, daß auch vor dem Kriege in der französischen Kammer die Forderung aufgestellt wurde: „daß kein Deutscher sich an einem solchen kolonialen Unternehmen beteiligen dürfe. Taten es die einen mit wilden chauvinistischen Worten, so tat es Jaurès, der doch anfrichtig ein gutes Verhältnis mit Deutschland wünschte, gerade deshalb, weil sich die Reibungsflächen zwischen den beiden Völkern so nur vermehrten, als pathetischer Warner.“

Gerade deswegen, weil auch wir die Reibungsflächen zwischen den Völkern vermindern wollen, sind wir gegen Konzessionen und Vorkaufrecht. Wir brauchen aber nicht den Teufel mit Beelzebub auszutreiben und an ihre Stelle Annexionen setzen. Wird ein ehrlicher annexionistischer Friede geschlossen, der bei Frankreich keinen Stachel zurückläßt, so hat es keinerlei Anlaß, seine Erze zurückzuhalten, da es Deutschlands Rohstoffe braucht. Wir sehen also, daß die Gründe, die angeblich für die Eroberung des Erzbeckens von Pongworn-Brien sprechen sollen, hinfällig sind. Deutschlands Bedarf an Erz kann, soweit nötig, auch weiter durch Bezug aus dem Ausland gedeckt werden, falls ein wirklicher Verständigungsfriede geschlossen wird.

Doch vielleicht hat das Erzbecken von Brien für Frankreich tatsächlich so wenig Bedeutung, daß es sich dennoch entschließen könnte, es im Wege einer „Grenzberichtigung“ preiszugeben? „An Erzen aber, weit besser als die Mine und in weit günstigerer Lage, hat Frankreich Ueberfluß“, sagt Gothein, „namentlich in der Normandie. Sie reichen nicht nur für seine eigene Industrie, sondern auch für einen umfangreichen Export.“ Mit demselben Recht könnte ja auch

Frankreich im Wege einer Grenzberichtigung bei einem Verständigungsfrieden — wie wir schon einmal ausführlich — Rheingebiet-Verfahren verlangen, da Deutschland ja auch anderweitig Ueberfluß an Kohlen habe.

Im übrigen scheinen aber die Angaben Gotheins nicht ohne weiteres zutreffend zu sein. Nach den Angaben von Dr. Pehmanna (in der bereits erwähnten Broschüre) umfaßt die Eisengewinnung im Departement Marne-et-Meuse, zu dem das Erzbecken von Briey gehört, 90 Proz. der gesamten Eisenerzförderung Frankreichs.

Ganz besonders scharf muß man sich gegen Prof. Gothein wenden, wenn er folgendermaßen zu begründen sucht, daß den Franzosen „kein großes Opfer“ zugemutet werde. „Es handelt sich um einige Quadratmeilen eines sehr völlig menschenleeren Gebietes, dessen anfällige Bevölkerung seit mehr als drei Jahren in anderen Teilen Frankreichs untergebracht ist... Eine französische Eisenindustrie gibt es jetzt dort nicht mehr, kein Hochofen steht mehr aufrecht.“

Das wäre also die neueste Methode, um eine Annexion zu einer „annexionslosen“ Angleidung umzuwandeln. Man erobert Gebiete, deren Bodenschätze man sich aneignen will. Man evakuiert die Bevölkerung, legt die Industrie brach — wider Willen haben wir im besetzten französischen Gebiet die Fabriken, namentlich alle Hochöfen abbrechen müssen, nur um das Aiteisen aus ihnen zu gewinnen“, schreibt Gothein an anderer Stelle — und das Gebiet ist nun „reif“, um gegen „etliche unschädliche französische Dörfer“ ausgetauscht zu werden. Und dies alles unter dem Namen eines „Verständigungsfriedens“.

Nein, gegen eine so weitberzogene Auslegung des Begriffs eines Verständigungsfriedens wollen wir uns ganz entschieden erheben.

Aber nicht einmal die „etlichen unschädlichen französischen Dörfer“ glaubt Gothein den Anhängern eines Verständigungsfriedens als Preis für Longwy-Briey sicher in Aussicht stellen zu können. „Ob es möglich wäre...“, sagt er, „mögen die militärischen Behörden entscheiden, denen freilich selten ein Kilometer Gelände unschädlich erscheint.“

Um nun Longwy-Briey trotzdem in einem „Verständigungsfrieden“ zu erlangen, schlägt Gothein einen „Ankauf des „Objektes“ vor. Daß diese Art der Verständigung nicht ganz uneigennützig ist, geht aus folgenden Ausführungen hervor: „Das hat um so weniger auf sich, als die französischen Privatberechtigten doch entschädigt werden müssen und wir dies heikle Geschäft besser dem französischen Staat überlassen werden, als es selbst zu übernehmen.“

Ob der französische Staat eine solche Regelung als Verständigung empfindet, dürfte auf einem anderen Blatt stehen. Weiter schreibt Gothein ein „Kauf“ vor, bei dem der Käufer nicht einmal den Kaufpreis zu bezahlen braucht. „Wie weit nun wieder hierbei eine Verrechnung mit einer etwaigen Kriegsschädigung stattfinden kann, ist eine Frage für sich — jedenfalls eine Nebenfrage.“ Auch das ist äußerst charakteristisch für die annexionslose „Verständigung“. Doch wollen wir mit Gothein diese Frage als „Nebenfrage“ behandeln und annehmen, daß der Kaufpreis tatsächlich bezahlt wird.

700—800 Millionen soll er nach Gothein betragen. 500 Millionen davon soll die Eisenindustrie bezahlen. Das würde auch eine neue Organisationsform herbeiführen. Es „werden der Staat und die intereffizierten großen Eisenwerke den Grubenbesitz in der Form einer gemischten Gesellschaft gemeinsam übernehmen und nach dem Umfang ihrer Beteiligung den Ertragszug genießen.“ Schon allein die organisatorischen Folgen dieser annexionslosen Annexion sind wenig verlockend. Das Zusammengehen von Staat und Industrie zum Beispiel im Kaliberbau, wo der Staat von der Industrie ins Schlepptau genommen wurde, regt keineswegs zur Nachahmung an. Die Allmacht der Industrie wird dadurch noch mehr gehoben.

Es ist auch zweifellos, daß, wenn der Gotheinsche Plan zur Ausführung käme, die Industrie mit Leichtfertigkeit die 500 Millionen auf die Verbraucher abwälzen würde. Diese 500 Millionen sind aber nichts im Vergleich zu den Lasten, welche der Kauf weiter zur Folge haben müßte.

Es ist zweifellos, daß ein solcher „Verständigungsfriede“ nichts anderes als eine Vorbereitung zu neuen Kriegen wäre. Lautete der Neuansehpruch seit 1871 „Eisab-Vorbringen“, so würde er jetzt durch Longwy-Briey verstärkt. Gothein scheint dies auch ganz gut zu verstehen. Denn er bereitet schon auf den künftigen Krieg vor: „Wir werden unsere kleinen Ranganergruben verstaatlichen und stilllegen müssen ohne Rücksicht auf den Jinsverlust, damit sie uns in einem, wenn auch noch so späten Kriegsfall als Notplanta dienen.“

Dem Inhalt noch unterscheidet sich ein solcher „Verständigungsfriede“ in keiner Weise von einem „Sieg- und Nachkriegsfrieden“. Nicht ein Verständigungsfriede mit den gegnerischen Völkern wird erstrebt, sondern Friede und Verständigung mit der mächtigen annexionslosen Schwereindustrie des Inlandes. Dieser baut Gehelmrat Gothein eine goldene Brücke, und in dieser Beziehung sind seine Aussprüche in der „Völkischen Zig.“ ein beachtenswertes Zeichen der Zeit.

Kriegskostenproben.

Schon im Sommer 1916 berechneten die Fachleute, daß die rationierte Nahrung nur die Hälfte der bei leichter Arbeit notwendigen Nährstoffmengen enthält. Heute entfallen auf den Kopf der Bevölkerung durchweg noch geringere Portionen. Damals rieten die Diätetiker, die Nahrung mit Fisch, Geflügel, Käse, Mühlenfabrikaten und anderen nährstoffreichen Dingen aufzubessern. Und heute? Man schränke die Ausgaben des Körpers ein, ruft ein sächlicher Professor. Man treibe jetzt keinen Sport, schlafte lange und weide Aufregungen! — Der gute Mann

glaubt offenbar, daß die Menschheit sich nur aus Professoren und Studenten zusammensetzt.

Schade, daß unsere großen Aerzte die Weiztin, die sie dem Volke verschreiben, nicht auch liefern können. Rubner erklärte: Die Erhöhung der Proteinration gehört zu den allerdringlichsten Bedürfnissen, welche mit der neuen Ernte erfüllt werden müssen. Das sagte er 1916, als es pro Tag gegen 280 Gramm Brot gab. Oder meinte Rubner die nächste ukrainische Ernte?

In den Jahren 1794 und 95 stieg die Sterblichkeit in Frankreich rapide. Grund: allgemeine Hungersnot. Die Pariser gingen auf die Straße, nachdem sie auf ihre Hüte mit Kreide geschrieben hatten: Brot. Sie bekamen nämlich täglich ungefähr 200—250 Gramm und das Brot war aus grobem Schwarzmehl gebaden, dem Kartoffeln, auch Mais, Hirse und Bohnen zugesetzt waren. Ist das so schlimm?

In Berlin können auch gewöhnliche Sterbliche, wenn sie viel Glück haben, einmal Wurst kaufen. Das Pfund für 9 Mark. Feine Geflügelwurst, auch Hammelwurst, Schmalz- oder Brühwurst. Was drin ist, weiß heutzutage außer dem lieben Gott glücklicherweise auch mancher Chemiker einer Nahrungsmitteluntersuchungsanstalt. So ein Weiser, der kürzlich als Sachverständiger in einer Berliner Gerichtsverhandlung vernommen wurde, erklärte unter seinem Eide, zurzeit bestehe sämtliche Wurst, wie sie auch heiße, aus Pferdefleisch....

Der Chemiker Schulz hat bei einem Vergleich der großstädtischen Volksschüler mit denen einiger Dörfer und Kleinstädte festgestellt, daß die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse der Kinder in der Großstadt wesentlich ungünstiger seien, als bei den Kindern der kleinen Orte. Als einziges Mittel, die in ihrer Gesundheit bedrohten Großstadtkinder über die schwere Zeit hinwegzubringen, empfiehlt er, sie aufs Land zu schicken. Die Patrioten auf dem Lande wollen bekanntlich nur die Kinder der „braven“ Arbeiter in Pflege nehmen. Also werden die anderen mit Krankheit und Siechtum bestraft. Auch ein Beitrag zur Bevölkerungspolitik unserer Staatsräuber!

Kriegslohn und Entwicklung der Arbeiterjugend.

1. Diejenigen, die in dem Krieg den großen Erreuerer deutscher Volkskraft erbildeten, verübten in den ersten Kriegsjahren immer wieder den Beweis zu erbringen, daß die Volksgeundheit durch den Krieg durchaus nicht ungünstig beeinflusst, in mancher Beziehung sogar aufgebessert werde. Besonders großen Wert legten sie auf die Feststellung, daß die heranwachsende Generation unter der Not der Zeit jedenfalls nicht leide; einige wollten sogar an den Schulkindern und Schulklassen einen besseren Ernährungszustand beobachtet haben als an Gleichaltrigen vor dem Kriege. Wenn diese Untersuchungen an den Kindern der Unbemittelten keine Merkmale für eine Verschlechterung der Gesundheit, für eine Störung der Entwicklung aufwiesen, so mag das Ergebnis damals wenigstens im allgemeinen den Tatsachen entsprechen haben. Denn im ersten Kriegsjahr war die Ernährung in nachteiligem Grade noch nicht beschränkt und im darauffolgenden Jahr, als bereits eine empfindliche Lebensmittelknappheit einsetzte, konnten deren Folgen zunächst noch von der Jugend ferngehalten werden, dadurch, daß die Mütter sich manchen nahrhaften Vorrat für ihre Kinder vom Munde absparten. Ueberdies treten die Schäden der Unterernährung niemals sofort in die Erscheinung, sondern erst nach einer Reihe von Monaten. Aus allen diesen Gründen konnten die üblichen Wirkungen der unzureichenden Kost bei der Jugend sich erst im 3. Kriegsjahr deutlich bemerkbar machen. Zu dieser Zeit haben sie sich aber auch so auffällig gehoben, daß selbst die Hoffnungsstroken, die schon den Tag vor dem Abend gelobt hatten, sie sehen mußten. Die beträchtliche Zunahme der ausstehenden Krankheiten unter den Kindern der Armen, in erster Linie die größere Verbreitung der Schwindsucht mag hier außer Betracht bleiben, denn sie hängt nicht allein mit der schlechten Ernährung zusammen, wohl aber muß die einwandfrei festgestellte Hemmung der kindlichen Entwicklung als ausschlaggebende Folge der Kriegslohn verzehret werden. Von den einschlägigen Arbeiten gibt die Untersuchung des Straßburger Professors Schlesinger ein besonders klares Bild von der Art und dem Umfang der bereits eingetretenen Schädigungen, weil sie einen Vergleich zieht mit dem Resultat früherer Studien desselben Forschers. Wie in den Jahren 1913 und 1916 wurden von Schlesinger im Jahre 1917 Knaben aus der Volksschule, Mittelschule und Fortbildungsschule ärztlich beurteilt. Während nun 1916 kein Zurückbleiben im Wachstum gegenüber 1913 bemerkt wurde, zeigten 1917 alle Altersstufen und Gruppen kleinere Längenmehre als vorher. Welt erheblicher fiel der Unterschied im Gewicht aus. 1916 hatten nur die älteren Volksschüler bei der Wägung schlechter abgemittelt als in den Friedensjahren, jetzt ergab sich schon bei den Knaben vom 7. Lebensjahr an eine deutliche Abnahme des Körpergewichts. Sie betrug in den unteren Volksschulklassen $\frac{1}{2}$ bis 1 Kilogramm und stieg bei den Lehrlingen auf 2 bis 4 Kilogramm. Ungefähr ein Viertel der jüngeren Kinder hatten noch dasselbe Gewicht wie neun Monate vorher. Auffallenderweise war der Gewichtsverlust der Mittelschüler und kaufmännischen Lehrlinge größer als der der Arbeiterkinder; eine Erscheinung, die zweifellos daraus zurückzuführen ist, daß der Krieg die Lebenshaltung gerade des kleinen Mittelstandes wesentlich verschlechtert hat. Neben dem durch Wägung und Messung erkennbaren Stillstand der Entwicklung wies ein beträchtlicher Teil auch Zeichen von Blutarmut, Schwäche und Magerkeit auf. Hier hat also die Unterernährung bereits die gesamte Körperbeschaffenheit ungünstig

verändert; durch Herausziehung der Widerstandsfähigkeit des Organismus hat sie eine größere Empfänglichkeit gegenüber Krankheiten und Seuchen geschaffen. Wahrscheinlich läßt sich der Schaden jetzt noch gut machen. Wenn die jungen Menschen bald wieder eine kräftigende, stärkende Pflege erhalten, vor Anstrengungen bewahrt werden und sich in frischer Luft und Sonnenschein erholen können, wird der Körper das Versäumte nachholen und Gesundheitsstörungen wieder beseitigen. Je länger der heulige Zustand aber andauert, um so größer ist die Gefahr, daß die Wirkungen der Kriegslohn nie mehr ausgelöscht werden können.

Groß-Berliner Chronik.

Sonntagsruhe. Die Einführung der völligen Sonntagsruhe, mit Ausnahme der Lebensmittel- und Blumenengeschäfte, ist von der Schönberger Stadtverordnetenversammlung genehmigt worden.

Zwei Frauenmorde in zwei Tagen. In einem Hause der Boxhagener Chaussee zu Schöneberg wurde die 44jährige Juadewarenhändlerin Käthe Müller ermordet aufgefunden. Die Leichenkassette ist geraubt, sämtliche Schränke sind durcharbeitet worden; es fehlen mehrere tausend Mark. Die Rundschau der Frau bestand aus zweifelhaften Personen, außerdem unterteilt sie einen großen persönlichen Verkehr und betrieb einen umfangreichen Schleichhandel. Der Weidumsatz war insoweit sehr beträchtlich. Es wurden wiederholt Einbruchversuche in den Laden verübt, und der Frau wurde mit Leibschlag gedroht, falls sie das Geld nicht herausgäbe. Zwischen der Ermordeten und dem Mörder scheint ein Kampf stattgefunden zu haben, denn an der Rückenlinie fliehe ein Bündel Menschenhaare. Die Frau muß, während sie beim Gefährten waschen am Herde stand, hinter sich niedergeschlagen worden sein, worauf der Mörder seinem Opfer einen Strich um den Hals warf, es ermügte und den Strich an der Rückenlinie festhielt. Neben der Leiche fand man einen Uniformknopf.

Die 51 Jahre alte Hauseigentümerin Franziska Friedenthal wurde in der Münchener Straße 35 zu Schöneberg ermordet aufgefunden. Die Ermittlungen der Schönberger Kriminalpolizei ergaben, daß der Täter die Frau mit einem Schläge auf den Kopf niedergestreckt und ihr mehrere Stiche an der rechten Gesichtseite beigebracht hat. Der Verdacht lenkte sich zunächst auf einen 20 Jahre alten fahnenflüchtigen Soldaten Richter, der in dem Hause bei seiner Mutter wohnte. Richter wurde vorläufig nach dem Schönberger Polizeipräsidium gebracht. Einige Tage später aber wurde festgestellt, daß zwei junge Mädchen die Mörderinnen sind, das frühere Dienstmädchen der Frau Friedenthal, Altag Klackowski, und deren Freundin Agnes Eißler, die aus der Fürsorgeerziehung entwichen war. Beide haben die Tat gestanden.

Die Chronik der Einbrüche und anderer Eigentumsvergehen nimmt in der Tagespresse einen immer größeren Umfang an. Auch ein Beweis für die „veredelnde“ Wirkung des Krieges.

Noch zwei Bluttaten. Vor dem Hause Brüsseler Straße 21 erschossen drei unbekannt Männer den 59 Jahre alten Händler Fürchtegott Pomann aus der Brüsseler Straße 36. Pomann nannte sich Privatier, in Wirklichkeit trieb er aber alle möglichen Handelsgeschäfte, die zum Teil nicht einwandfrei waren, auch Brotfabrikhandel und Schleichhandel mit Lebensmitteln. Diese Geschäfte brachten ihn mit vielen zweifelhaften Leuten zusammen. Sie führten auch zu Streitigkeiten und einem Prozeß. Möglicherweise handelt es sich bei der Bluttat um einen Racheakt.

In einem Bodenraum des Hauses Stargarder Straße 8a wurde die Leiche der neunjährigen Edith Klackowski Tochter einer in demselben Hause wohnenden Witwe, aufgefunden. Die Leiche befand sich in einem Sack. Der Tod ist wahrscheinlich durch Erbrochlung herbeigeführt. Es liegt jedenfalls ein Lustmord vor. Als Täter kommt ein 15 jähriger Arbeiterliche Paul Leypold in Frage, der bei seiner Mutter in demselben Hause wohnte und seit der Auffindung der Leiche verschwunden ist.

Der neue Militär-Peronentarif. Am 1. April d. J. werden auch die Militärfahrtpreise erhöht. Der Einheitspreis für Militärfahrtpreise ist nicht mehr 1 Pf., sondern 1,1 Pf. für den Kilometer. Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr werden für die Entfernungen 1 bis 13 Kilometer Militärfahrtkarten 10 Pf. kosten. Bis 22 Kilometer kosten 20 Pf., bis 31 Km. 30 Pf., 40 Km. 40 Pf., 49 Km. 50 Pf., 59 Km. 60 Pf., 68 Km. 1,10 Mk. Die im inneren Stadt- und Ringbahnverkehr zum Preise von 20 Pf. zur Ausgabe gelangenden Militärfahrtkarten gelten für eine Fahrt auf der ganzen Stadt- und Ringbahn.

Die Einkommensteuer. Der kommunale Zuschlag zur Staatseinkommensteuer für Berlin ist vom Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung auf 175 Prozent festgesetzt worden, während der Magistrat 190 Prozent vorgeschlagen hatte.

Sonntagsruhe. Die völlige Sonntagsruhe in Charlottenburg für die Dauer des Krieges ist von den Stadtverordneten beschloffen worden.

Die Polizeistunde an den Fiertagen. Der Regierungspräsident in Potsdam hat gestattet, an den Fiertagen, am Dummelfahrtstage und an den Pfingstfeiertagen den Betrieb der Gastwirtschaften bis 11 Uhr abends offenhalten.

Einschränkung des Feldpostverkehrs. Das Reichspostamt abt bekannt: Zur Verhütung sonst unvermeidlicher Störungen und Stockungen des gesamten Feldpostverkehrs ist im Einvernehmen mit der Deeresverwaltung die Annahme nichtamtlicher Feldpostbriefe über 50 Gramm (Päckchen) an

Die Truppenangehörigen der Westarmeen von sofort ab bis auf weiteres eingestellt worden. Hiernach unzulässige Sendungen werden den Absendern zurückgegeben werden.

Umsatzmeldung für die Kohlenkarte nicht vergessen! Der Magistrat Berlin macht bekannt, daß alle Berliner Einwohner oder Geschäftsinhaber, welche ihre Wohnung oder ihre Geschäftsräume wechseln oder ganz aufgeben, verpflichtet sind, dies dem Magistrat, Deputation für Kohlenversorgung, C. 2, Spandauer Straße 10, anzuzugehen. Vordrucke hierzu sind auf den Berliner Brotkommissionen erhältlich.

Der höhere Tarif der Hochbahn. Zum 1. April d. J. sollen auf den Strecken der Hochbahn neue erhöhte Tarife eingeführt werden. Die Preisgestaltung erfolgt im Anschluß an die Tarife der Stadt- und Ringbahn: dritte Klasse bis zum 5. Bahnhof 15 Pf., 8. Bahnhof 20 Pf., 12. Bahnhof 25 Pf., 13. Bahnhof und weiter 30 Pf. Für die zweite Klasse betragen die entsprechenden Preise 20, 30, 35 und 40 Pf. Die Gesellschaft ist in der Tarifgestaltung für ihre alte Stammstrecke vom Westen bis Warschauer Brücke im Osten an Bestimmungen nicht gebunden; für die neuere Strecke vom Spittelmarkt nach Norden steht die Stadt Berlin und der Zweckverband auf dem Standpunkt, daß Tarifänderungen an eine vorhergehende Zustimmung gebunden sind, während die Gesellschaft das bestritt. Zur Beilegung dieser Differenzen haben Verhandlungen stattgefunden, bei denen als Gegenleistung für eine prozentlose Einigung einige Zugeständnisse erzielt sind. U. a. sollen für die Berührungspunkte mit der städtischen Nordbahn und der S.-C.-Bahn Gesundbrunnen-Neukölln Uebergangsfahrarten zugelassen werden. Diese Berührungspunkte sind die Schnellbahnhöfe Friedrichstraße, Hallesches Tor, Alexanderplatz und Kottbusser Tor. Es sollen Uebergangsfahrarten dritter Klasse zu 20 und zu 30 Pf. zugelassen werden, deren erste bis zur 8., deren zweite bis zum Ende der Bahnstrecken gültig ist.

28 000 Dosen kondensierter Milch verdorben. In Oberichoneweide hat der Amtsvorsteher bekanntgemacht, daß 28 000 Dosen verdorbener kondensierter Milch versteigert werden sollen. Von zuständiger Seite wurde darüber folgende Erklärung abgegeben: Die Gemeinde Oberichoneweide hatte diese 28 000 Dosen kondensierter Magermilch erworben, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Beim Eintreffen der Ware zeigte sich aber, daß sie bereits verdorben und für den menschlichen Genuß nicht mehr verwertbar war. Die Gemeinde stellte daher die Milch dem Verkäufer wieder zur Verfügung. Inzwischen wurden die Dosen jedoch auf Antrag einer Kriegsamtsstelle beschlagnahmt, da ein Erwerb aus dem Reitenhandel vorliege. Sessens der Staatsanwaltschaft wurde der Gemeinde jede Veräußerung verboten und die in Schwarzblechdosen gefüllte Milch verschlechtert sich weiter. Auf neuerliche Anfrage der Gemeinde, was nun mit der Ware geschehen solle, gab die Staatsanwaltschaft den Verkauf frei. Inzwischen ist der Versteigerungsprozeß der Milch aber so weit fortgeschritten, daß sie auch nicht einmal für technische Zwecke mehr verwendbar ist.

Wer mehr als zwei Röcke hat, sollte nach einer Zeitungsnachricht genötigt werden, die überschüssigen Kleidungsstücke herzugeben. Es hieß, jeder, der mehr als zwei Anzüge habe, müsse die Sachen herausgeben; es würde eine allgemeine Razzia in den Kleiderchränken abgehalten werden. Diese Nachricht hat große Aufregung bei denen hervorgerufen, die davon betroffen wurden. Es wurde Sturm gelaufen gegen die Reichsbekleidungsstelle, die tief in das Privatleben eingreifen wolle. Die genannte Reichsstelle beeilt sich nun, zu erklären, daß ihr die Absicht, sich bei der Regelung der Bekleidungsfrage des alten biblischen Programms zu bedienen, zu Unrecht unterstellt werde. Es bestehe nur der Plan, eine „Sammlung auf Grund freiwilliger Abgaben“ der vorhandenen Oberkleider vorzunehmen. Diese Sammlung solle vor allem den Zweck haben, die Munitionsarbeiter mit Arbeitskleidern zu versorgen. Wie konnte man auch nur glauben, daß eine Reichsstelle so etwas tun würde!

Arbeiter-Bildungsschule.

Die Bibliothek der Schule ist nach Beendigung der Kurse am Donnerstag jeder Woche von 1/3 Uhr bis 1/2 Uhr abends geöffnet. Die Hörer der Schule und die Mitglieder der Wahlvereine werden ersucht, die Bibliothek recht ausgiebig zu benutzen.

Vereins-Veranstaltungen.

Dreireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 31. März, vorm. 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Hermann Dasse: „Wandelnde Feste“. — Gäfte willkommen. — Mittwoch, den 3. April, abends 8 Uhr, Sebastianstraße 39: Mitgliederversammlung (Neuwahl des Vorstandes). Mitgliedskarte ist vorzuzeigen.

Das Verlangen nach guten Büchern

ist außerordentlich stark. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß im Verbandsbureau, Schilderstraße 5, Hof, 2 Treppen, noch ein Posten des Buches Kautskis: „Massenstreik“ zum Preise von 2 Mk., und eine Gedächtnissammlung von Ludwig Lessen: „Fackeln der Zeit“, zum Preise von 50 Pf., abgegeben wird, auch im einzelnen. Wer Bedarf hat, wolle sich an unser Bureau wenden.

Der große „Sieg“ in Niederbarnim.

Am 26. März ist die große Schlacht in Niederbarnim zum Abschluß gekommen. In der Stichwahl wurden rund 25 000 Stimmen für Herrn Wissell abgegeben, also über 3000 weniger als in der Hauptwahl. Und das, obgleich Nationalliberale und Fortschrittler ihre Anhänger aufgefordert hatten, für Wissell zu stimmen. Nur die Konservativen hatten Stimmenthaltung proklamiert und sind deshalb von der J. R. böse angehaucht worden. Vor der Stichwahl war man in Lindenstraße 3 hochgradig nervös. Man war sich doch seiner Sache nicht recht sicher und hätte wohl auch lieber gesehen, wenn Kreditbewilligung und Entscheidung über Ostfrieden erst nach der Stichwahl hätten erfolgen können. So mußte man, denn die urteilslosen Anhänger mit plumpen Vägen über angebliche schwarze Pläne und Schandtaten der Unabhängigen aufputschen.

Aus dieser kuriosen Stichwahl ist Herr Wissell als „Sieger“ hervorgegangen. Es ist ein Sieg, der in der Geschichte des Sozialismus nicht als Ruhmesstat eingeseichnet sein wird.

Abonnements-Einladung.

Unser Blatt kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es kostet pro Vierteljahr einschließlich Bestellgeld 1,42 Mk. Am 1. April beginnt ein neues Abonnement. Die bisherigen sowohl wie neu hinzutretende Postabonnenten tun gut, möglichst sofort bei der zuständigen Postanstalt den Weiter- bzw. Neubezug des Mitteilungsblattes zu bewirken.

Für Feldpostabonnenten

haben wir ein Abonnement eingerichtet zum Preise von 1,30 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion und Verlag des Mitteilungsblattes
Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Quittung.

An freiwilligen Beiträgen für die Familien der Opfer des Kriegszustandes gingen bei der Unterzeichneten ein: Aus Spremberg 105,25 Mk.; von der Firma Bayer-Berlin durch Karl Schmidt 70,55 Mk.; für die Familien der Matrosen durch Rosel-Leipzig 300 Mk.; von Dr. B. 100 Mk.; Ertrag einer Sammlung in Randow-Greifenhagen 365,35 Mk.; gesammelt bei Stoewer-Stettin 102 Mk.; gesammelt in Köstlin 331,50 Mk.; gesammelt in Stettin 110,50 Mk.; von Alotisch-Jeguth 5 Mk.; B. Meyer 5 Mk.; von den Tapezierern Berlins 3000 Mk.; durch Pfeiffer-Düsseldorf 1200 Mk.; aus Mannheim 908,95 Mk.; aus Hamburg für die Familien der Matrosen 100 Mk.; von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Stanienda-Berlin 50,55 Mk.; von Fr. D. durch Bernstein 20 Mk.; von Dr. J. B. durch Bernstein 5 Mk.

Postcheckkonto: Nr. 32287, Luise Siey, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof III.

Für die Familien der Opfer des Kriegszustandes: Deutsche Waffen- u. Munitionsfabrik, auf Listen: 2502 21,—, 2503 69,—, 2504 49,—, 2508 54,—, 2514 9,—, 2519 9,—, 2520 86,—, 2531 39,—, 2532 15,30,—, 2533 49,25,—, 2534 14,35,—, 2535 19,65,—, 2536 42,—, 2537 84,—, 2538 26,50,—, 2539 59,—, 2542 95,25,—, 2543 23,—, 2544 117,25,—, 2545 37,—, 2549 96,—, 2550 77,—, 2551 131,—, 2552 45,—, 2553 36,50,—, 2554 92,—, 13334 66,—, 13335 14,50,—, 13336 46,50,—, 13337 78,50,—, 13338 43,50,—, 13339 10,75,—, 13340 14,90,—, 13341 38,—, 13342 16,—, 13343 19,50,—, 13344 49,—, 13345 53,—, 13346 32,—, 13348 35,—, 13349 33,50,—, 13350 53,50,—, 13351 43,90,—, 13352 31,—, 13353 30,50,—, 992 G. F. Hoffmann, Oranienstr. 105,50, 544 von den Patienten der neuen Heimstätte Buch durch Hoffschewsky 18,30, 752 von den Arbeitern der Firma Wunderlich Nachfolger durch Bieffe 63,50, 754 von den Packerinnen der Zigarettenfabrik Manoli 44,15, 985 Auer Abt. B Zwerglampe Abt. Sig durch Päseler 46,75, 1193 Wehmann der Firma Robert Vofsch, Charlottenburg, Wisnarsdtr. 71 21,—, 1193a und 1398 Arbeiter der Firma Gust. Lichtenberg 55,—, 1359 6,55, Arbeiter der Firma Auer, Mechanische Werkstatt 1., 2., 3. und 4. Rate 200,—, Abteilung 4 4. Kreis durch Lengner Adg. 112,50, durch Volkmann 7,—, 2. Kreis 4. Rate 1000,—, darunter 3. Rate Linkel 82,—, Samson Werke 2. Rate durch Krüger 343,75, 3710 16,30, Viehstadt Berlin 310,—, von einigen Genossen der Firma Matik u. Belfomes, Admiralsstr. 17,—, 4272 38,50, 4277 27,—, 4279 76,50, 4280 19,50, 4282 45,—, 4283 9,15, 4284 26,50, 4292 35,—, 4297 53,—, 4298 73,—, 4300 38,—, 4301 76,50, 4302 121,—, 4504 33,50, 4521 27,—, 4523 65,50, 4526 28,80, 4527 13,50, 4532 21,30, 19 Stück 822,25 Mk. von R. Weinhofl. Von Wilhelmshafen durch H. G. 110,— Mk. Von mehreren Idealkisten Neichenberg I. Schl. durch Arb. 3,— Mk. Sepsfus aus Warschau 10 Mk. Von H. Ernst 12 Mk. Schmudert 5 Mk., Lt. Paul Martin 3 Mk., Gärtners 10 Mk. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Fischer, Königs-

straße 18,50 Mk. 1. Kreis auf Liste 5 Betrieb Hefher 28,50, Liste 9 38,50, 11 3,—, 19 9,50, Bachmann 4. Kreis 5 Mk. Wehert Adorf 3,30 Mk. Auf die Sammelliste der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend sind gezeichnet worden auf Rate 5 202,65, auf Rate 6 155,40, Summa 358,05 Mk.

Für Parteizwecke: L. E. Berlin durch Walter 5 Mk., M. D. 5 Mk.

Von der Gruppe der Zigarettenmaschinenführer Berlin 500 Mk. Goerz, Friedenau, Liste 4611 40 Mk.

Berichtigung.

Nr. 51 des Mitteilungsblattes heißt es auf Nr. 4271 45,50, soll 48,50 sein, 4529 28,50 soll 46,50 Mk. sein.

Richard Herbst, Schilderstraße 5.

Für die vielen freundlichen und herzlichen Glückwünsche aus Anlaß meines 60. Geburtstages bin ich nur in der Lage, auf diesem Wege allen Bekanntheitsfreunden meinen tiefgefühltesten Dank auszusprechen mit dem Rufe: Trotz alledem, wir bleiben die Alten!

Adolf Hoffmann.

Unserem lieben Genossen
Schröder und Gattin
die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Die Genossen und Genossinnen
des 22. Bezirks in Neukölln.

Nachruf!
Am Freitag, den 22. März, verstarb in Folge einer Gasvergiftung unsere Genossin
Elisabeth Thiele
Mitglied des Zentralvorstandes.
Wir verlieren in ihr eine sehr eifrige und tätige Genossin, die sich vor keiner Arbeit scheute und unermüdet für unsere Sache tätig war. Wir werden unserer Genossin ein ehrendes Andenken bewahren.
Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umg. (Unabh. sozialdem. Partei.)

1. Berliner Reichstagswahlkreis.
An den Folgen einer Gasvergiftung verstarb am 22. März die Vorsitzende des Kreises, unsere liebe Genossin
Elisabeth Thiele.
Alle, die Ihre aufopferungsvolle Tätigkeit im Interesse unseres Kreises gekannt haben, werden mit uns empfinden, welch ein schwerer Verlust ihr Dahinscheiden für uns bedeutet.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.
Abermals hat der Krieg ein Opfer aus unseren Reihen gefordert. Nach schwerem Leiden verstarb am 18. März der Genosse
Arnold Buchholz
Lichtenberg, Gabriel-Magstr. 18, 1. Viertel, 8. Gruppe, im Lazarett zu Straßburg im Alter von 38 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag um 1/4 4 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof, Hasenheide, statt.
Die Bezirksleitung
der Unabhängigen sozialdemokr. Partei.

Nachruf.
4. Wahlkreis.
Am 20. März verstarb unser Genosse, der Maschinenarbeiter
Franz Paulekun
Fruchtstr. 60, Bezirk 818.
Am 14. März verstarb im Alter von 89 Jahren an den Folgen des Krieges unser Genosse, der Gaudsdiener
Fritz Kufig
Mastauer Straße 39, Bezirk 168.
Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.
Am 20. März 1918 verstarb unser Mitglied, der Glaschleifer
Willi Krüger
Lückstr. 45, 4. Viertel, 15. Abt., 87. Gruppe.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Bezirksleitung.

Die Bolschewiki und wir.

L

Unter diesem Titel untersucht Genosse Heinrich Weber, der bekannte Verfasser der vor einigen Monaten erschienenen Broschüre „Die russische Revolution und das europäische Proletariat“, in der Märznummer des Wiener „Kampf“ das im Mittelpunkt des proletarischen Interesses stehende Problem der russischen Revolutionsparteien.

Zunächst stellt er sich gegen die überliefereten Lösungen der Demokratie. „Das ursprüngliche Kampfziel einer demokratischen Republik, vertreten durch ein Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, betrachten die Bolschewiki jetzt als ein „kleinbürgerliches Ideal“.

Der Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist unvereinbar mit den Interessen des Proletariats. Im Besitz der politischen Macht mußte das Proletariat die industrielle Produktion unter seine Herrschaft zu bringen bestrebt sein.

Der deutsche Sozialismus verdankt seine theoretische Überlegenheit der Tatsache, daß das deutsche Proletariat die Mehrheit, eine schnellwachsende Mehrheit der deutschen Nation ist und darum hoffen kann, auf der Grundlage der Demokratie die Macht im Staate zu gewinnen und durch den demokratischen Staat die Industrie zu beherrschen.

Es war unvermeidlich, daß das russische Proletariat, dessen Siege im März, Mai und Oktober sein Machtbewußtsein aufs höchste gesteigert hatten, das selbst Waffen in den Händen hatte und die Armee an seiner Seite sah, den Versuch unternahm, die Kapitalherrschaft zu brechen, den Sozialismus zu verwirklichen.

unter der Führung der Bolschewiki. Aber so unvermeidlich dieses Unternehmen ist, so gewiß muß es misslingen. Karl Marx hat uns erklärt, warum die proletarische Revolution in Frankreich 1848 und 1871 misslingen mußte.

Sehr interessant sind auch die Schlussbetrachtungen Webers über unsere Stellung zu den Bolschewiki und zur russischen Revolution, die u. a. die beste Widerlegung der neuesten Stämpferischen Trias bilden: Entweder Scheidemannsche Taktik oder Taktik der Bolschewiki, ein Drittes gebe es nicht.

„Die Oktoberrevolution“, schreibt Genosse Weber, „war ein Sieg des russischen Proletariats. Die Bolschewiki sind heute die Wortführer des russischen Proletariats, an ihr Schicksal ist das Schicksal der russischen Arbeiterklasse gebunden.“

Aber daraus folgt natürlich nicht, daß wir alle Illusionen der Bolschewiki teilen, alle ihre Methoden billigen, alle ihre Theoreme annehmen müßten.

Der Genosse Renner schreibt: „Wäre ich in Rußland, ich ginge jetzt wahrscheinlich mit den Bolschewiki.“ Dieses Bekenntnis mag sowohl für den, der sowohl Renner als auch die Bolschewiki kennt, ein bisheriges förmlich Klingeln, und Renner selbst würde es heute kaum noch wiederholen.

Am Anfang des Krieges fühlte das deutsche Proletariat, daß Deutschlands Niederlage die deutsche Volkswirtschaft verwüsten und damit auch über die deutsche Arbeiterklasse schweres Unheil bringen würde.

Im Verlaufe der Revolution fiel die Macht in Rußland in die Hände des Proletariats. Dadurch fühlte sich das Proletariat „zu einem Anlauf über seine Mittel hinaus angezogen“.

Die marxistische Methode befähigt uns, jeden jeweiligen Gesundheitszustand des Proletariats in jedem einzelnen Lande aus den objektiven Daseinsbedingungen dieses Proletariats zu erklären.

Der Marxismus hat innerhalb der Arbeiterbewegung eine andere Aufgabe. Er hat gegen die Sonderinteressen der Arbeiterschaft eines einzelnen Landes die allgemeinen Interessen des internationalen Proletariats, gegen die jeweiligen Augenblicksinteressen der Arbeiterschaft die Interessen ihrer künftigen Entwicklung zu vertreten.

Indem der Marxismus diese Aufgabe erfüllt, gerät er unvermeidlich in den Kampf gegen Verirrungen rechts und Illusionen links. So hat schon Marx selbst gekämpft gegen die englischen Trodenmissionen, die französischen Proudhonisten und die deutschen Vassallener rechts wie gegen die russischen, italienischen und spanischen Bakunisten links.

Wir haben den obenstehenden Artikel eines der bedeutendsten österreichischen Marxisten ebenso wie in der vorigen Nummer den Artikel des Genossen Kautsky über die Bolschewiki wiedergegeben, weil sie eine Fülle beachtenswerter Gedanken enthalten.

Wir meinen, daß Webers und Kautskys Artikel sich in bezug auf Gedankenreichtum und Wissen, selbst wenn man ihnen nicht in allem zustimmen kann, als

ganz respektable Leistungen des III. „marxistischen Zentrums“ neben der Bannhülle der Stuttgarter Jung-Genossen sehen lassen können. Aber glaubt man in Stuttgart wirklich mit der ewigen Betonung der eigenen Vortrefflichkeit in dieser für den internationalen Sozialismus wirklich nicht leichten Zeit die geschlossene Kerntruppe zu schaffen, die für wirkliche Massenkämpfe der Zukunft Rückgrat und Vorkämpfer sein soll?

Der Sozialismus von oben.

Von D. Jensen.

Nach dreieinhalb Jahren Weltkrieg ist es von den Vorkämpfern des Kriegssozialismus recht still geworden. Auch die „Metallarbeiterzeitung“ würde heute wohl kaum noch schreiben: „Sozialismus wohin wir bliden“. Die Erkenntnis von den wirtschaftlichen Schäden des Krieges und von den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegszeit dringt in immer weitere Kreise, und man fühlt, daß die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen uns nach dem Kriege bevorstehen. Daher mehren sich auch die Vorschläge zur Überwindung der Schwierigkeiten der Übergangswirtschaft und die Projekte zum Neuaufbau der gesamten Gütererzeugung.

Einen interessanten und in seiner Art folgerichtigen Grundriß zum Bauplan der Friedenswirtschaft bietet Valther Rathenau, der Direktor der A. G. W. in seiner Broschüre „Die neue Wirtschaft“. Rathenau ist zwar in erster Linie Techniker, aber als Leiter eines Mesenbetriebs auch Organisator. Seine Polemik gilt daher dem „freien Spiel der Kräfte“, d. h. der freien Konkurrenz des Einzelkapitalisten. Er sieht überall große Kapitalistenorganisationen, Mesenbetriebe. Sein Ideal ist der wohlorganisierte Betrieb in der fast vollständig organisierten Staatswirtschaft. Man könnte seinen Wirtschaftsplan „Sozialismus von oben“ nennen.

Die Wirkungen des Krieges charakterisiert Rathenau in folgenden Sätzen:

„Überblicken wir das Gebiet der Kriegsschäden, der Verarmung, Zerstörung, Lebensvernichtung, Umschichtung der Vermögen, Staatsbelastung, Beeinträchtigung des Volkerverkehrs, Schwächung der Kaufkraft, Verteuerung der Lebenshaltung, so finden wir die Völker Europas nahezu gleichmäßig, wenn auch in verschiedenen Abstufungen der Einzelgebiete, betroffen; selbst von den Neutralen haben einige, wenn auch in anderen Zusammenhängen, Not gelitten...“

An die Stelle der körperlichen Zerstörung ist die Hypothek, die Verhinderung, getreten. Die Vernichtung hat sich zum überwiegenden Teil im Gebiet des unsichtbaren vollzogen; freilich werden die sichtbaren Spuren, die schon heute nicht zu verkennen sind, im Verlauf eines Jahrzehnts offenkundig hervortreten. (S. 17).

Unter solchen Umständen ist es die Hauptaufgabe der künftigen Wirtschaftsorganisation, alle weitere Verschwendung von Arbeitskraft zu verhüten. Darum verlangt Rathenau Normalisierung und Typisierung

der Produktion. Es sollen nur bestimmte Typen von Maschinen und Waren hergestellt werden, die zwar mannigfaltig genug sind, um den modernen Bedürfnissen zu dienen, die aber jeden überflüssigen Luxus und unnötige Eigenbrödelerei ausschließen. Ferner sind alle Betriebe technisch auf die Höhe moderner Wissenschaft zu bringen, und es ist ein planmäßiges Zusammenarbeiten der verschiedenen Industriezweige anzubahnen. Darum genügt es nicht, daß alle unrentablen Betriebe ausgeschaltet oder umgestaltet werden, sondern es muß eine planmäßige Organisation der Gütererzeugung an Stelle der anarchischen Produktion der Vorkriegszeit treten.

Als Grundlage dieser Organisation denkt Rathenau sich eine Art Zwangsinduzierung jeder einzelnen Industrie. Alle Betriebe eines Berufes werden in ein Kartell zusammengeschlossen, während diese Kartelle eines bestimmten Gewerbes wiederum einen Gewerbeverband bilden. Der Berufsverband ist aber der Träger der Wirtschaftsorganisation. Er wird vom Staate mit weitgehenden Rechten ausgestattet, und der Staat ist an seiner Verwaltung beteiligt und übt eine Art Kontrolle aus. Diese Kartelle nun haben den weitgehendsten Einfluß sowohl auf die Menge wie auch auf die Art der Produktion. Ihr Wirken schildert Rathenau anschaulich in einem Bericht über eine Sitzung eines Gewerbeverbandes:

„Eine Sitzung des Baumwollgewerbes könnte folgendermaßen verlaufen: Der Verband der Spinner berichtet, daß es nicht ganz gelungen ist, die steigenden Materialpreise durch Verbilligung der Herstellungskosten auszugleichen. Der Verband der Zwirnerer und Nähgarnfabriken verzichtet darauf, hinauf zu erhöhen die Zuteilung. Der Webereiverband erklärt, die ausfallenden Mengen für Vereisungsgewebe zu übernehmen, sofern entsprechende Umstellungen in Nummern und Qualitäten erfolgen. Die Großhändler berichten über den Gang der Moden und verlangen große Auswahl neuer Gewebarten. Es wird mit Spinners und Webereiverband und ein verkleinertes Sortiment vereinbart. Die Weber behaupten, große Mengen eines gewissen Stoffes über See absetzen zu können, sofern ihnen das Garn zu Ausnahmepreisen bewilligt wird; man beschließt, es ihnen wenig über Selbstkosten zu geben, wogegen sie einen Teil des Verkaufsgewinnes abzutreten haben. Die Spinner beschließen, eine neue Faser einzuführen, die sich im Ausland bewährt habe. Die Weber weigern sich, sie zu verwenden, die Färber und Appretureur warnen. Es wird beschlossen, ein schlecht beschafftes Werk als Versuchsfabrik einzurichten und das Risiko zu teilen. Es werden Preis- und Lieferfragen allgemeiner Art besprochen, auf Antrag der Färber vereinbart, mit dem Farbwerkverbande um neue Preise und Swatterungen zu verhandeln und die Sitzung geschlossen, worauf dann die Berufsverbände in Einzelsitzungen zusammen treten und die Durchführung der Beschlüsse unter sich vereinbaren.“ (S. 65-66.)

Man sieht, es handelt sich um eine organisierte Bedarfsdeckungswirtschaft. Die früheren Unternehmer werden zu bloßen Rentnern, während die Wirtschaft in all ihren wichtigsten Zweigen eine Art „gemischten Betriebes“ darstellt.

Allerdings bleibt der Kleinhandel und weniger wichtige Teile der Produktion von der Kartellierung frei, aber auch hier tritt staatliche Konzeptionierung und Tarifizierung ein. Soweit es möglich ist, wird auch der Handel zentralisiert.

Bei einer derartig organisierten Wirtschaft muß auch eine Art Wirtschaftsplan aufgestellt werden, damit die einzelnen Produktionszweige zusammenarbeiten können. Eine weitere Konsequenz des Rathenauischen Gedankenganges ist die allgemeine Arbeitspflicht, die er mit folgenden Worten verlangt:

„Dann wird die sittliche Selbstverständlichkeit zur Notwendigkeit werden, daß kein Arbeitsfähiger den Anspruch hat, sich von der Gemeinschaft ernähren zu lassen, ohne ihr durch geistige oder materielle Schaffensleistung den Gegenwert seines Unterhalts zu erbringen. Das Gegenrecht entsteht, daß kein Arbeitswilliger durch Hilflosigkeit und Untätigkeit der Wirtschaft von Leistung und Unterhalt ausgeschlossen werden darf.“ (S. 52-53.)

Rathenau denkt allerdings dabei, wie aus anderen Schriften hervorgeht, an eine Art dauernder staatlicher Hilfsbedürftigkeit, wie sie uns als Kriegsmaßnahme beschert wurde.

Von den Interessen der Arbeiter ist bei diesem Sozialismus „von oben“ sehr wenig die Rede. Nur gelegentlich spricht Rathenau von der Vertretung der Arbeiter und von der Demokratie im Volkstaat, die zur Milderung der Klassenunterschiede beitragen soll. Er sieht die Dinge als Leiter der A. G. W. nur von oben, und ihm ist die Hauptsache, daß alles organisatorisch klappt, daß die Maschinen ausgenutzt werden, daß keine Krisen die Produktion stören, daß eine „angemessene“ Verzinsung für die abgefundenen Besitzer der Betriebe herauskommt und daß die Staatskartelle durch eine Art Produktionsabgabe zugleich die hohen Steueransprüche des Staates befriedigen.

Allerdings spricht Rathenau auch von einer Erhöhung der Löhne, die bei der Steigerung der Ertragsfähigkeit der Arbeit durch die technischen und organisatorischen Reformen möglich sei. Von der geistigen Ausbeutung der Arbeiter bei der technischen Neuordnung, die mit Taylorismus und ähnlichen Methoden verbunden sein dürfte, findet man jedoch kein Wort.

Es ist nicht angenehm, hier die Mängel des Rathenauischen Wirtschaftsplanes im einzelnen aufzuzählen. Der Widerspruch zwischen organisierter Wirtschaft und Beibehaltung der Warenproduktion, die Schwierigkeiten einer national abgeschlossenen Kartellwirtschaft bei Fortbestehen des Weltmarktes und der weltwirtschaftlichen Beziehungen seien nur angedeutet.

Die Hauptfrage aber bleibt: Weshalb sollen all die organisatorischen und technischen Vorteile der Neuordnung nur den Besitzern zu gute kommen? Weshalb nicht eine demokratische Organisation der Gesellschaft und eine planvolle Organisation der Wirtschaft unter Aufhebung des Privateigentums? Weshalb kein Sozialismus in seiner allen unerlässlichen Form?

Darauf weiß Rathenau nur mit dem Hinweis auf die „kommunistische Staatslokomotive“ und ähnlichen Redensarten zu antworten. Diese Kernfrage umschlief er wohlweislich. Er kann sich nur das Kartell der Kartelle denken, nicht aber die zugunsten der Massen orga-

Erneuerung.

Eine Osterbetrachtung. *)

Zum viertenmale in diesem Kriege ist es Ostern geworden und vollzieht sich ringsum das uralte, aber immer wieder mächtig ergreifende Wunder der Erneuerung der Natur, des Erwachens neuen und blühenden Lebens. Aber die europäische Menschheit liegt, blutend aus unzähligen Wunden und stöhnend unter der sich immer noch häufenden Last ihrer Leiden, am Boden. Vergebens lechzt sie darnach, von der aufstrebenden Lebendigkeit um sie her einen auch noch so geringen Strahl erwärmender und verjüngender Kraft zu erhalten; bedeutet ihr doch diese Zeit der Erneuerung nur die Reubelebung und Wiedererneuerung ihrer Kämpfe, die Steigerung der Vernichtung und Verwüstung. Es ist jedoch nicht bloß dieser peinvolle Zerfall mit der Natur, der im Frühling schneidender als sonst das Gemüt verletzt. Es ist noch mehr ein seelisches Leid, das jede Osternstimmung verschleiert. Denn nirgends kommt das innerste Gesetz des Krieges, seinen unüberbrückbaren Widerspruch zur erreichten materiellen und geistigen Kulturhöhe unserer Zeit konsequent bis zum Wahnsinn entfalten zu müssen, mit erbarmungsloser Deutlichkeit zum Ausdruck als in seinem Zusammenfallen mit den großen Feiertagen der christlichen Kulturwelt. Weihnacht, das Fest der Geburt des Heilands, des Friedensbringers einer in Völlständigkeit verdrängten Menschheit, hat schon viermal vergebens seine Heilsbotschaft durch den Arm der Geschichte, durch das Schlagen und Schreien der Sterbenden und Verwundeten, durch das Weinen und Jammern der Witwen und Waisen ertönen lassen. Pfingsten, das Fest der Auslegung des Heiligen Geistes, verblüht vor der Unheiligkeit eines Geistes, der bis weit in die Kreise der Gelehrten und Denker hinein, ja vor allem bei diesen, sich nicht schämt, das zu lästern, was sie vor dem Kriege hochheiligen, die Kulturgüter einer alle Menschen verbindenden Geistesentwicklung, und die nun sich nicht genug tun können, aus der Not dieser Zeit, aus ihrer nationalen Verheerung eine bis zum Knie gepriessene Jugend zu machen. Und nun Ostern, das Fest der Auferstehung, der sieghaften, die Schuld der Menschen durch das Leiden des Erlösers tilgenden Liebe — wirkt es jetzt nicht wie ein Hohn auf die Gemüter der Menschen oder noch mehr fast wie eine Verzweiflung, wenn zu dem Widerspruch mit der Natur um uns her auch noch der mit der Idee dieses Festes gerade in diesen Tagen Übergewaltig vor uns hinstreift?

Aber da kommen die stark „gemuteten“ Trüher unserer Zeit, werfen sich in die klassische Pose der Antike („nur mit dem Schild oder auf dem Schild“) und weisen uns mit edelstänischem, am Schreibtisch gekostetem Mut unwillig zurecht. „Was soll das weibliche Geraunze? Ist der Krieg nicht selbst eine Erneuerung der Völker? Vollzieht sich in ihm nicht die Neuschöpfung einer großen Zukunft, die wir unseren kommenden Generationen bereiten? Welche Engherzigkeit, an dem Jammer der Gegenwart zu haften, wo es sich um so große Gesichte handelt? Und welche Unkenntnis von dem eigentlichen Wesen der Geschichte, die nicht weiß, daß durch all diesen schleichbaren Widerstand des Krieges sich die Vernunft der Geschichte vollzieht?“

Indes, was die Erneuerung der Völker durch den Krieg betrifft, ist es von diesem Schlagwort, das in der ersten Begeisterung und Hoffnung eines kurzen Krieges aufzog, nach zweihunderttausend Monaten und nach soch ungeheuren Opfern auf allen Seiten, recht still geworden. Zeit und Not haben inzwischen die Menschen nachdenklich gemacht, und vielleicht ist es inzwischen schon vielen klar geworden, daß das, was zuerst als Erneuerung der Völker erschien, dieses Zusammenfallen der einzelnen zu einer einzigen Masse, erfüllt von den Leidenschaften der Menge, von den primitiven Völlungen der Masse noch Kraft, Ueberwältigung, Sieg, dieses Zurückgehen der Völker auf sich selbst und Abschließen von einander, im Geiste noch mehr wie in der Wirklichkeit, — daß dies alles keine Erneuerung war, sondern nur ein neuer Rückfall auf frühere, längst überholte Kulturstufen, ein Atavismus, der allem Volke auch als solcher erschienen wäre, wären nicht seine geistigen Führer am spätesten diesem Atavismus erlegen. Dar rächte es sich, daß die Wissenschaft und Philosophie durchaus im bürgerlichen Denken versunken war und ist. So vermochten ihre Vertreter über die Schranken der bürgerlichen Welt, über die Grenzen der kapitalistischen Ordnung nicht hinauszudenken. Daher mußte ihnen auch verschlossen bleiben, daß dieser Weltkrieg nichts anderes ist, als eine aus dem Wesen des modernen Kapitalismus hervorgebrochene Katastrophe: sie hatten von dem Widerspruch des Krieges, der auch ihnen entagentrat, nicht die Möglichkeit einer Flucht nach vorwärts, in den Sozialismus, sondern nur nach rückwärts, in den Nationalismus. Dies macht den gewaltigen Höhenunterschied ihrer geistigen Stellung zu unserer Zeit gegenüber jener der klassischen deutschen Realisten aus. Dieses war seinerzeit bis zur Vornahme des Sozialismus durch die Fichte voraus, sie aber sinken zurück selbst hinter die Gedanken des aufklärten Absolutismus bis zu dem maßpolitischen Individualismus eines Machiavelli.

Von der Sorge aber für die Erneuerung der Zukunft sollen die Verteidiger des Krieges lieber nicht sprechen. Ganz abgesehen davon, daß der Krieg nirgends aus solcher Sorge begonnen wurde, entsteht in einer solchen Weise, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die kommenden Generationen dieser Fürsorge nicht mehr suchen als dankbar gedenken werden. Soll der Urnenkel, der noch an den Schutten seiner Urnen abzunutzen hat, ihnen dafür wirklich besonders verpflichtet sein? Hat man überdies bedacht, mit welcher Hülle künftigen Kulturlebens die heutige Krieg gefährt wird? Doch er nicht nur die Städte, Dörfer, Bahnen, Industriewerke der Gegenwart vernichtet, sondern, indem er für Generationen hinaus Felder und Wälder verwüdet, den Viehstand vernichtet und eine immense Steuerlast den kommenden Geschlechtern aufhals, ihre Zukunft in unerhörter Weise für sich vorwegnimmt und ihren eigenen Nerven entfremdet? So daß nur zu hoffen bleibt, daß sich die zukünftigen Geschlechter das Erbe ihrer „vorsorglichen“ Ahnen radikal vom Leibe schaffen werden zugleich mit den politischen und gesellschaftlichen Ursachen dieses Erbes.

Erwägt man nun noch dazu, wie viele denkende Gehirne diese „Fürsorge“ des Krieges bereits zerstört, wie viele zu Lunkern und Gewerben aller Art gekulte Sünde vernichtet hat, wieviel Gesundheit er gebrochen ins Friedensleben zurückkehren läßt, bedenkt man darüber hinaus aber noch die in die Zukunft der Generationen reichende geschlechtliche Vergiftung der Zeugung und Nachkommenschaft durch das aller Vorsehung spottende Ueberhandnehmen der Geschlechtskrankheiten, so erlaßt man vor der gedankenlosen Privatität, die darin liegt, den Krieg als eine Sorge für die Zukunft aufzufassen, selbst nur in dem Sinne, daß wir ihn zwar nie als solche gewählt hätten, nun aber, da er da ist, in diesem Sinne betrachten müßten. Was ist das Verböthen gegen das leimende Leben, das überall fest mit besonderer Strenge verfolgt wird, während zugleich der Krieg selbst die größte Vergebung an dem blühenden Leben ist, gegen jenes Verböthen am leimenden Leben, das in dieser furchtbaren Fortpflanzung einer im Keime verdorbenen und ihre Verderbnis weiter übertragenden Nachkommenschaft liegt!...

Die Völker nach dem Kriege werden nirgends mehr die Ergebnisse und Lehren dieser Geschichtskatastrophe vergessen können und wollen; nirgends mehr und niemals mehr werden sie in derselben geistigen Verfassung und Widerstandsfähigkeit anzutreffen sein wie vor dem Kriege; sie werden von Grund aus andere sein wie vorher und ihre Zukunft werden sie wohl selbst in die Hand nehmen. Lassen daher nur erst einmal Frieden werden; die Garantien seiner Erhaltung werden

*) Aus den „Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten“ von Max Adler (Zwei Jahre...), Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt.

niferte und reformierte Wirtschaft. Seine Mischung von Trutz und Staat würde auf einen kapitalistischen Feudalismus hinauslaufen, der bei allen nominellen Rechten der Arbeiterschaft bekenntlich einer „Arbeiter-Aristokratie“ gute Löhne garantieren könnte, während die Masse mehr ausgebeutet wird denn je, um den verschiedenartigen Reichtum ein arbeitsloses regelmäßiges Einkommen zu sichern. Der Staat würde sich dann in den Händen der Kartelle befinden und nicht umgekehrt, das Lehren alle Erfahrungen der Kriegszeit. Die Gefahren einer bloß bürokratischen Regelung der Produktion sind zu bekannt, und Rathenau wehrt sich energisch dagegen, daß nur Bürokraten die Produktion leiten und regeln sollen. Er will gerade die Initiative des Kapitalisten erhalten wissen, doch sind seine Ausführungen über diesen Punkt dunkel und wenig überzeugend.

„Die neue Wirtschaft“, wie sie Rathenau denkt, wird kaum sich verwirklichen, da zu starke Gegenströmungen vorhanden sind. Dieser Plan zeigt aber, welche Tendenzen durch den Krieg an Macht gewonnen haben und wie stark die Einsicht von der Abwirtschaftung der „freien Konkurrenz“ geworden ist. Selbst führende Männer im Reiche des Kapitals müssen sich der Erkenntnis beugen, daß wir zu einer organischen Wirtschaft mit allgemeiner Arbeitspflicht kommen müssen, wenn es uns gelingen soll, die furchtbare Verarmung durch den Weltkrieg zu überwinden. Sie sehen die Lösung in einer Art „Sozialismus von oben“, aber sie können sich der Logik der sozialistischen Lehre nicht verschließen, die von jeher verkündete, daß die kapitalistische Produktion durch eine organisierte Gesellschaft ersetzt werden müsse, daß die kapitalistische Entwicklung selbst zu diesem Ziele dränge.

Die Arbeiterklasse lehnt den „Kartellsozialismus“ ab, dessen innere Widersprüche sie sieht und dessen wahres Gesicht sie trotz aller Verbrämungen und Verschleierrungen erkennt. Sie strebt und muß gerade in der Nachkriegszeit mit allen Kräften streben zur sozialistischen Produktion. Das alte Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, bei Demokratisierung des Staates und Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist durch die wirtschaftlichen Erfahrungen des Weltkrieges bedingt worden. Nur zu oft hatte man bei der Reformarbeit den Zeitpunkt der sozialistischen Bewegung aus den Augen verloren, aber gerade die Weltkatastrophe hat bewiesen, daß nur eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft die soziale Frage lösen kann. Der Kartellmagnat sieht die Lösung in der organisierten, kartellierten Staatswirtschaft. Die Arbeiterklasse verfährt wieder ihr Endziel: Sozialismus und Demokratie.

Die alte und die neue „Neue Zeit“.

Die gewaltsame Annexion des „Vorwärts“ und anderer Parteiblätter durch die deutschen Mehrheitssozialisten ist in den meisten Kreisen der internationalen Sozialdemokratie dem stärksten Widerspruch und berechtigtesten Entrüstung begegnet. Denn durch die brutale Machtpolitik der Mehrheitsinstanzen wurde

die Völker sich selbst schaffen in einer Entwicklung, die aus ihren neuen und besser erkannten Lebensbedingungen notwendig hervorzubrechen wird.

Und so hätten am Ende doch diejenigen recht, die in diesem Arge die flehentliche Vernunft der Geschichte lobpreisen. Aber zunächst sei bemerkt, daß diese Vernunft ein recht sonderbares Ding ist, da sie verschiedene nationale Färbung erhält, je nach dem zufälligen Standpunkt des Geschichtsphilosophen, so daß der Franzose oder Engländer kaum vernünftig finden wird, was dem Deutschen so erscheint. Aber ganz abgesehen von diesem ärgerlichen Mißbrauch eines Begriffs ist es doch eine der schlimmsten Verflachungen eines tiefen Gedankens, die Hegelsche Lehre von der aus Widerstreit sich emporklingenden Vernunft in der Geschichte so zu verstehen, als ob diese Vernunft nur auf vernunftwidrigem Wege zustande kommen könne. „Die Vernunft“, sagt Hegel, „hat immer in der Geschichte existiert, nur nicht in vernünftiger Form.“ Dies aber ist das große Ziel des Vernunftprozesses schon bei Hegel, daß die bewußtlose Vernunftentwicklung schließlich im Menschengestalt zum Selbstbewußtsein erwacht und nun bewußt und vernunftgemäß weiterhin am Werke ist. Und vollends ist dies der Sinn der großartigen Geschichtstheorie von Karl Marx, diesem echten Schüler Hegels, daß die Menschen endlich ihre Geschichte mit Bewußtsein machen, planmäßig und zielbewußt nach ihren Zwecken und trotzdem damit nur der gesellschaftlichen Notwendigkeit folgend. Die kapitalistische Ordnung — das zu beweisen war das Lebenswerk von Karl Marx — erlaubt diesen Sieg der Vernunft noch nicht, aber sie hat ihn durch die Bereitstellung aller ökonomischen Bedingungen möglich gemacht. Solange der Kapitalismus das ordnende Prinzip der Gesellschaft ist, kann die Vernunft in der Geschichte sich nur durch die Folgen des Widerstands vollziehen, die von Zeit zu Zeit die kapitalistische Ordnung sprengen, das eine Mal in einer ökonomischen Krise, das andere Mal in einer politischen, wie jetzt in dem Weltkrieg. Nur die bewußte Anerkennung jener gesellschaftlichen Revorgang, die von der erreichten ökonomischen Entwicklungsstufe gefordert wird, kann ihr erst jene kulturelle Erneuerung bringen, in welcher fortan die Entwicklung der historischen Vernunft auch in vernünftiger Form möglich sein wird. Das sozialistische Proletariat war sich vor dem Kriege der hohen geschichtlichen Ehre bewußt, zu diesem Werke aus seinen Klasseninteressen heraus berufen zu sein. Es könnte dieses Werk nur im Stiche lassen um den Preis seiner Menschheitserneuerung, seiner Emanzipation als Klasse, was schließlich zu unmöglich ist, wie daß der Frühling anbliebe, so lange es noch Lebensströme in der Natur gibt.

auch der allgemeine Sozialismus empfindlich getroffen, insbesondere wurde durch die Aneignung der „Neuen Zeit“ die internationale eines wertvollen Parteiorgans beraubt, das einstmals ein Kampffeld aller Richtungen der Sozialdemokratie, ein fruchtbarer Boden freier Aussprache, ein geistiges Zentrum des sozialistischen Denkens gewesen ist. Die tiefe Verstimmung über diese Wendung spiegelt sich in einem Aufsatz des Genossen Guiravo Sacerdote, der in der wissenschaftlichen Revue der italienischen Sozialdemokratie „Critica sociale“ vom 16. Februar 1918 dem Fall der „Neuen Zeit“ eine ausführliche Betrachtung widmet und durch Gegenüberstellung dessen, was die Zeitschrift einu ist war und was sie heute ist, zu einem vernichtenden Urteil über das Gewaltregiment der deutschen Regierungsozialisten gelangt.

Der Vorfall mit der „Neuen Zeit“ — so wird hier dargelegt — ist typisch für die traurige Lage der sozialistischen Presse Deutschlands. Dieses von Kautsky gegründete, jahrelang von ihm geleitete Organ, das den eigenen Stempel seiner Persönlichkeit trug, sei später offizielles Organ der Partei geworden. Als solches habe es Kautsky auch weiter in einem gerechten und unparteiischen Geiste geleitet. Auch als er nach einigem Schwanken seinen Weg von dem der offiziellen Parteimehrheit trennte und mit Entschiedenheit für die Verweigerung der Kriegskredite einzutreten sich verpflichtet fühlte, habe er trotz freimütiger Vertretung seines Standpunktes diesen Geist der Unparteilichkeit nie verlegt und die „Neue Zeit“ allen Strömungen in der Partei, von rechts bis links, von Wehring und Bernstein bis zu Kollb, Cunow und David, offen gehalten. Die Zeitschrift blieb, was sie war, was sie sein mußte: eine marxistische Revue, ein Sammelplatz aller Ideen, eine Stimmführerin aller Anschauungen, eine Interpretin aller Tendenzen, die in der deutschen Sozialdemokratie vertreten waren. Da trat auch für die neue Zeit die Katastrophe ein, die sie entwürzelte, in einen Boden verpflanzt, der nicht ihr eigener Boden ist. Der Sturm der Leidenschaften, den der Krieg entfesselte, zerstückte auch die Schöpfung Kautskys. Am 30. September 1917, ganz plötzlich — und ohne vorherige Benachrichtigung — wurde Kautsky von der Redaktion der „Neuen Zeit“ entbunden, die Blut von seinem Blut und materiell wie moralisch von ihm unabherrschbar war. Und mit ihm wurde nicht etwa ein Einzelner, sondern eine ganze wissenschaftlich-politische Richtung beiseite geschoben, entrechtet und durch eine andere ersetzt. Welche dies ist — dafür spricht der Name von Kautskys Nachfolger, Heinrich Cunow mit aller wünschenswerten Klarheit.

Nach einer kurzen Würdigung der wissenschaftlichen Verdienste Heinrich Cunows, seines plötzlichen verblüffenden Gesinnungswandels und seiner Befehung vom revolutionären Sozialisten zum ökonomischen Imperialisten gibt Genosse Sacerdote eine Charakteristik des neuen Geistes, der mit dem neuen Vetter in die Redaktion einzieht. Es sei kein Zweifel, daß Cunow die Zeitschrift nach objektiven wissenschaftlichen Gesichtspunkten leiten wolle, doch werde sie sicherlich das Siegel seiner Persönlichkeit und seines neuen Standpunktes tragen. Nach seiner eigenen Erklärung gedenke er das Organ neuen Wegen und neuen Zielen anzuführen. So werde sich die „Neue Zeit“ in altem Gewande mit neuem Inhalt präsentieren. Bisher war sie ein treuer Spiegel aller Bewegungen und Parteien, die die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit umfaßte, von nun an werde sie die Revue einer einzigen Richtung, einer einzigen Parteigruppe sein, das Parteiorgan jener sozialistischen Partei, die die Frucht der Entwicklung ist, die mit dem 4. August 1914 einsetzte und in den folgenden Jahren ihren weiteren Fortgang nahm. Selbst wenn der Redakteur der „Neuen Zeit“ objektiv genug sein wollte, in ihr auch gegenläufige Anschauungen zu Worte kommen zu lassen und sie zu einem Feld fruchtbarer Weistkämpfe zu gestalten (von dieser Objektivität ist bisher nichts zu spüren gewesen, D. Red.), so werde sich doch der Weg der Zeitschrift innerhalb der vorgezeichneten Bahnen vollziehen. Die bisher erschienenen Hefte zeugten bereits dafür, daß das Programm der neuen wissenschaftlichen Revue mit innerlichster Konsequenz in die Praxis umgesetzt werde.

Aus der Bewegung.

Richard Lipinski in Leipzig verhaftet. Die Leipziger Volkszeitung schreibt: „Mit der Freiheit, mit der unter den gegenwärtigen Verhältnissen die sogenannte „Freie“ Presse (regierungssozialistisches Organ) zu berichten in der Lage ist, teilt dieses Blatt mit, daß der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Leipzigs, Richard Lipinski, wegen des Verdachts der Teilnahme an der Verbreitung von Streikflugblättern, verhaftet worden ist, wegen der bereits eine Anzahl Mitglieder der Unabhängigen Partei, unter ihnen die Stadtverordneten Windisch, Dieke und Kurze, in Haft genommen worden sind. Da bisher selbst die nächsten Angehörigen des Genossen Lipinski nichts über den Grund seiner Verhaftung erfahren haben, ist es immerhin interessant, darüber etwas aus der „Freien“ Presse zu erfahren. Wie es scheint, ist das Blatt polizeiliches Publikationsorgan.“

Budgetbewilligung in Baden. Die Zweite Kammer der Badischen Landstände erledigte den Staatshaushalt für 1918/19 durch die Schlussabstimmung über das Finanzgesetz. Die sozialdemokratische Fraktion (Abhängigen) stimmten für das Budget; der Abg. Wed (U. S.) begründete seine ablehnende Haltung mit den grundsätzlichen Forderungen der Parteitage und mit dem Hinweis auf seine Ausführungen

zum Ministerium des Innern. Es würden laut der bekannt gewordenen Geheimnisse von 1917 in Baden die Unabhängigen Sozialdemokraten in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Die U. S. P. im Kreis Offenbach—Dieburg. Dessen rechneten die Regierungsozialisten als sicher, als sie im vorigen Jahre die gewaltsame Entfremdung der Opposition aus der Partei vollzogen. Doch ganz stimmte die Rechnung nicht. Neben anderen Kreisen blühte die U. S. P. auch im Offenbach—Dieburger Kreise ihr Banner. Als sich die Gründung unserer Organisation vollzog, glaubte das Organ der Abhängigen — das Offenbacher „Abendblatt“ — und mit ihm der hohe „Generalstab“ der dortigen Regierungsozialisten, die Opposition mit Spott abtun zu können. Die Mitgliedschaft der U. S. P. bestche im wesentlichen „nur aus einer Anzahl Angestellter vom Arbeiter-Abfahrtsbund“, so verflüchteten die Herren. Den Spott dürfte man allmählich verlieren. Heute zählt unsere Kreisorganisation bereits in 18 Orten des Kreises Mitglieder, u. a. befinden sich Ortsvereine in Bieber, Diebenbach, Egelsbach, Hainstadt, Heusenstamm, Henburg, Kleinheubach, Mülheim, Niederroden, Offenbach, Urberach usw. In sechs größeren Landorten gehören die Parteimitglieder entweder geschlossen oder doch in ihrer überwiegenden Mehrheit zur U. S. P. Auch Offenbach—Stadt, wo kürzlich zwei gutbesuchte Veranstaltungen stattfanden, macht gute Fortschritte. Das erste hundert Mitglieder ist dort erreicht, trotz wütendster Bekämpfung der Mehrheitsleute, deren Häupter speziell in Offenbach das Scepter schlugen. Kürzlich trat die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder von Urberach (stärkste Zelle im Kreis Dieburg) der U. S. P. bet. Darob großes Geheim im „Abendblatt“. Umfassend wirkt es, wenn das abhängige Organ die organisierte Arbeiterschaft von Urberach dringend und ernstlich bittet, doch auch in Zukunft Vernunft und Einsicht obwalten zu lassen.“ Das wird die Urberacher Arbeiterschaft tun. Darauf können sich die Offenbacher Herren verlassen. Festnageln wollen wir die im gleichen Artikel mit offenkundiger Hervorhebung unserer verschiedenen Urberacher Parteifreunde, die für die U. S. P. eingetreten sind. Es geht vorwärts im Kreise. Daran ändern alle Mandate der Abhängigen nichts.

Der „Sieg“ in Danzig. Die Danziger Regierungsozialisten haben bei den Gemeindevahlen einen großen Sieg davongetragen. In dem Arbeiterdorf Ohra bei Danzig erhielt ihr Kandidat 23 Stimmen. Die unabhängigen Sozialisten brachten für ihre Kandidaten nur 2 Stimmen auf. Jubelnd eilt die Kunde durch die Mehrheitsblätter.

Wie liegen in Wahrheit die Dinge? Ohra stellte bei der letzten Reichstagswahl etwa 1000 sozialdemokratische Stimmen, bei der Gemeindevahl 1914 nahezu 300 aus eigener Kraft gegen den ganzen bürgerlichen Müßel. Kurzzeit sind die meisten Ohraer Genossen beim Militär. Die Regierungsozialisten schlossen mit den Bürgerlichen ein Wahlkompromiß, das sich ausgesprochenemachen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie richtete. Dieses Abkommen war so innig, daß es sich sogar auf die erste und zweite Abteilung erstreckte. In der ersten Abteilung forderte der „sozialdemokratische“ Verein Ohra daher zur Wahl eines Fabrikbesizers auf. In der zweiten Abteilung empfahl er einen Kaufmann, dessen Arbeiterfeindlichkeit in Ohra allgemein bekannt ist. Für diese Rolle des treuen Friboldin erließ er in der dritten Abteilung die Genugtuung, daß Schullehrer und Polizisten in Uniform in heißen Häusen anrückten und im Verein mit den Zentrumsarbeitern den schwarzen und den abhängigen Kandidaten zum Gemeindevorteil verhalfen.

Unseren Genossen wurde nicht eine Versammlung gestattet. Nebenbei lagen die Dinge mit der schriftlichen Mitteilung. Wo unter diesen Umständen sich noch 29 anrechte Männer gefunden haben, die öffentlich ihre Stimme für die verfeindete Proletarierpartei abgaben, darf billig wundernehmen. Das macht indes nichts aus.

Stückweise verschauern die Danziger Abhängigen Parteiprogramm und Parteitraktionen.

Gute Demokraten. Wer in einer Mehrheit sitzt und sich damit in der Macht befindet, pflegt sich, um die absolute Unterwerfung der Minderheit durchzusetzen und zu rechtfertigen, auf die Forderungen der Demokratie zu berufen. Mag er dem Wesen der Demokratie auch noch so sehr zuwiderhandeln, die Form ist ihm heilig. Nach dieser bewährten Methode verfahren auch die Mehrheitssozialisten, als die Unabhängigen noch mit ihnen die Luft derselben Partei und derselben Fraktion atmeten. Dieselben Leute, die, als sie selbst noch in der Minderheit waren, barsch aufeinanderließen, daß es den Namen der Demokratie mißbrauchen hieße, wenn man von ihnen schweigende Unterwerfung verlange, stellten sich jetzt auf den Standpunkt, daß, wer nicht der Ansicht der Mehrheit sei, das Maul zu halten und zu kuscheln habe.

Väht sich eine solche Auffassung nun zur Not noch begriffen, wenn es sich um Majoritäten und Minoritäten innerhalb derselben Organisation handelt, so wird dieser Versuch einer Anwendung demokratischer Grundzüge zur absoluten Nichtigkeit, wenn die beiden Gruppen in verschiedenen Lagern stehen. Aber welche Torheit ließe sich ausdenken, der der „Vorwärts“ in dieser Zeit nicht fähig wäre. Er knüpft an die Sache, mit denen das Unabhängige Wahlkomitee von Niederbarnim die Stimmenthaltung bei der Stawohl begründet hat, die Forderung, daß die Unabhängigen sich demnach weigerten, wie es guten Demokraten gezieme, das Volksurteil von Niederbarnim anzuerkennen. Sie sind eben keine guten Demokraten, sie erkennen das demokra-

Wäre Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit heute ebensowenig an, als sie es bei der Parteipaltung anerkannt haben."

Demnach müßte also eine Partei, die bei einer Wahl — und noch dazu einer solchen, in der alle Vorteile von vornherein auf der anderen Seite waren — in der Minderheit geblieben ist, ihre Fahne einziehen, ihren Bankrott anmelden und um freundliche Aufnahme in das Lager der Sieger bitten. Als konsequente Denker müssen es die Regierungssozialisten bedauern, daß die Arbeiter seinerzeit nicht schlenmigt wieder in die Gemeinschaft der liberalen und bürgerlich-demokratischen Parteien zurückgekehrt sind, als sie nach ihrem ersten selbständigen Auftreten bei den Wahlen Ende der sechziger und am Anfang der siebziger Jahre nicht gleich auf der ganzen Linie triumphierten.

Der „Vorwärts“ wird natürlich enttäuscht die Notwendigkeit einer solchen Schlussfolgerung in Abrede stellen, aber sie liegt auf der Hand, und außerdem bleibt man mit ihr doch vollständig innerhalb des Gedankenganges, den Friedrich Stampfer vor kurzem entwickelte, als er die Zwecklosigkeit einer parlamentarischen Opposition auseinandersetzte, die nur von einer Minderheit getragen werde.

Eine tägliche Zeitung der Pariser Minderheit.

Wir lesen in der J. R.:

„Was jetzt schelte der Pariser Minderheit, die tatsächlich die Pariser Mehrheit ist, ein tägliches Organ. Die „Humanité“ ist als entschiedenes Mehrheitsorgan der Gesamtpartei wohl bekannt. Henri Fabres „Journal du Peuple“ ist zwar friedensfreundlicher, aber es ist ein Privatunternehmen. Die Pariser Minderheit hatte das kleine Wochenblatt „Populaire“, das ursprünglich nur eine Wochenausgabe des „Populaire du Centre“ von Limoges war. Wie wir aus der neuesten Nummer der „Populaire“ vom 10. März ersehen, soll das Blatt in eine tägliche Zeitung verwandelt werden. Leitender Redakteur ist Paul Faure, politischer Redakteur Jean Longuet, literarischer Redakteur Henri Barbusse, der berühmte Verfasser des besten Kriegsbuches „Le Feu“. Die erste Nummer wird für den 10. April angekündigt. Unter den Mitarbeitern befinden sich auch Roman Rolland, Brizon, Raffin-Dugens und Bourderon.“

Unsere Pariser Genossen sind also in einer glücklicheren Lage als wir Berliner.

Aus den Gewerkschaften.

Aus der Generalversammlung des Verbandes der Maler und Radierer vom 20. März wird uns berichtet: Beim 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen und über die Sitzung des Betriebs des Verbandes, wurde nach lebhafter Diskussion und Begründung folgender Antrag angenommen:

„Die Kollegen Berlins protestieren gegen den Beschluß der Vorstandskonferenz, dem „Vollsbund für Freiheit und Vaterland“ beizutreten und einen Beitrag pro Mitglied und Jahr zu bezahlen. Wir sprechen unserem Vorstand das Recht ab, einem solchen Beschluß zuzustimmen. Wir sind überzeugt, daß auch die Kollegen Deutschlands, wenn sie gefragt würden, den Beitritt zum Vollsbund abgelehnt hätten.“

Nach dem hierauf gegebenen Jahresbericht des Vorstehenden wurde die Diskussion hierüber, wegen der vorgerückten Zeit, vertagt. Aber ein Antrag, 1000 Mark für die Opfer des Massenstreiks zu bewilligen, wurde trotz Widerspruchs des Vorstehenden und des Gauleiters mit großer Mehrheit angenommen.

An ihren Forderungen sollt ihr sie erkennen. In Nr. 5 des „Courier“ findet sich ein Artikel unter der Überschrift: „Eine beachtenswerte Kundgebung“, der jedem organisierten Arbeiter die Schamröte in die Wangen treiben muß. Daß der Schreiber dieses Aufsatzes von dem ersten politischen Streik in Deutschland nicht anders als von einem wilden Streik, einem Experiment spricht, ist man ja gewöhnt bei dem Drei-Sternchen-Redakteur des „Courier“.

Nun berichtet aber derselbe Herr über eine „sehr beachtenswerte Kundgebung“ freigewerkschaftlicher Arbeiter der Werft in Brügge. Weil von den Arbeitern in Brügge einige verhaftet worden waren wegen Verbreitung von Flugblättern, richtete der Arbeiterausschuß an den Werftdirektor das folgende Schreiben:

„Nach der Verhaftung einiger Werftarbeiter in Ostende wegen angeblicher Verbreitung von Flugblättern verließ der Arbeiterausschuß sofort eine Sitzung der Vertrauensmänner ein, um diesen den Sachverhalt mitzuteilen. Diese Sitzungen fanden am 1. und 2. Februar statt. In der am 1. Februar in Brügge abgehaltenen Sitzung wurde von einem Anwesenden folgende Entschädigung eingebracht und von allen Vertrauensleuten einstimmig angenommen:

„Die Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Brügge erklären hiermit, daß sie mit den augenblicklichen Ereignissen in Deutschland in keinem Zusammenhang stehen. Sie haben sich diesen Ereignissen bisher vollständig passiv gegenüber verhalten und werden das auch in Zukunft tun. Leider ist es gelungen, einige Flugblätter den Werftarbeitern zugänglich zu machen. Sich der Tragweite ihrer Handlungen nicht bewußt, haben sie dieselben gelesen und es leider verümt, ihren Vorgesetzten von dem Vorhandensein dieser Blätter Mitteilung zu machen. Die Arbeiter der Kaiserlichen Werften in Brügge betrachten es als ihre erste Pflicht, Meer und Flotte kriegsbereit zu halten und wer-

den weiter, wie bisher, ihre Schuldigkeit tun. Sie setzen es sich zur Aufgabe, diesen feindlichen Umtrieben mit aller Kraft entgegenzutreten und sind überzeugt, daß einzelne Arbeiter sich nur aus Neugierde mit den oben genannten Schriftstücken befaßt haben. Den Arbeitern ist es klar, daß die augenblicklichen Ereignisse nicht aus der Initiative deutscher Arbeiter entstanden, sondern nur eine von unseren Feinden bezahlte Arbeit ist.“

Wir bitten Ew. Hochwohlgeboren, davon Kenntnis zu nehmen.

Der Arbeiterausschuß.

J. R.

Folgen Namensunterschriften des 1. und 2. Vork.“

Zu dieser Erklärung bemerkt der Redakteur:

„Um allen Mißverständnissen und Legendenbildungen vorzubeugen, erklären wir ausdrücklich, daß es sich hier ausschließlich um freigewerkschaftlich — zum großen Teil sogar in unserem Verbände — organisierte Arbeiter mit starkem radikalem Einschlag handelt. Also von irgendeiner gelben Sache kann hier keine Rede sein. Wir haben deshalb auch keinerlei Bedenken, dieser Kundgebung aufgeklärter Arbeitermassen auch von unserem Führerstandpunkt aus freudig und vorbehaltlos zuzustimmen.“

Wenn das die Früchte gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit sind, ist es die höchste Zeit, daß die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich endlich besinnt und die Gewerkschaften wieder zu dem macht, was sie sein sollen: Kampforganisationen!

Staat — Regierung — Volk.

Welche Verzerrung der Krieg bei manchen Leuten angerichtet hat, davon liefert die „Ledearbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 17 einen niedlichen Beweis. Sie schreibt über die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften. Wie sie sich die denkt, das lassen folgende Ausführungen ahnen: Es sei niemals wahr gewesen, daß wir (wer wir?) etwa staatsfremd oder staatsfeindlich gesinnt wären. Aus voller Ueberzeugung könne man ein Bekenntnis zum Staat ablegen. „Wir haben nie den Staat bekämpft und nie den Staat für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht.“ Für den „Ledearbeiter“ ist demnach der Staat nicht mehr Ausdruck der Klassenherrschaft, sondern einfach das Volk. Der Staat — als Organisation der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — ist gut und schön; freudig bekennt man sich zu ihm. Nur die böse Regierung taugt nichts. Es ist nur notwendig, in die Regierung bessere Leute zu berufen, dann ist alles aufs beste bestellt. Aber wer ist die Regierung? Wer setzt sie ein? Wird sie vom Volke ernannt? Nein, dazu ist doch die Obrigkeit da, kann man uns sagen. Also läuft die ganze Geschichte auf das berühmte soziale Königtum des Herrn Raumann hinaus. Das soziale Königtum ist aber ein Unding. Die Anerkennung des Staates ist Anerkennung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ist Veröhnung mit der Klassenherrschaft, ist Preisgabe des Sozialismus.

Aus dem „Ledearbeiter“ spricht der Geist der Umlernerei, die unter dem Schlagwort von der sogenannten praktischen Arbeit die Arbeiterbewegung zum Selbstzweck macht, während sie doch nur Mittel zum Zweck der Sozialisierung der Gesellschaft sein soll.

Sehr gut kennzeichnet Gen. Dr. Max Adler in einer kleinen Broschüre „Die Bedeutung des Sozialismus“ jenen Geist. Er beruft sich auf Marx und sagt:

„Was er aber entschieden bekämpfen muß, das ist der gewerkschaftliche Geist, der darin besteht, das Lebenswerk des Proletariats in diesen Methoden und Kämpfen um die Verbesserung seiner ökonomischen Lage beschlossen zu sehen und allenfalls sich damit zu trösten, daß das Endziel sich schon aus der günstigeren Situation der Arbeiterschaft von selbst ergeben werde. . . . An die Stelle der Einrichtung einer freien Gesellschaft, in der es keine Unterdrückten und Unterdrückten, keine Herren und Diener mehr geben kann, strebt diese Arbeit bloß dem Ziele zu, den Unterdrückten und Dienenden ihre Lage so wenig fühlbar wie möglich zu machen, an die Stelle schöpferischer Unabhängigkeit eine befriedigende Auskömmlichkeit des Daseins zu setzen, an die Stelle vorwärtstreibenden Imperialismus die im kleinen unerfährliche Begehrlichkeit des Alltags. Mit Recht rief daher Karl Marx in seiner Rede über „Lohn, Preis und Profit“ den englischen Arbeitern zu, was aber eine Mahnung für alle ist, sie sollten nicht verdecken, daß sie in den gewerkschaftlichen Kämpfen nur mit Wirkungen und nicht mit den Ursachen dieser Wirkungen kämpfen; daß sie die Abwärtsbewegung aufhalten, aber deren Richtung nicht verändern; daß sie Palliativmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen.“

In jene Richtung, die sich mit dem Kapital abfinden will, die auf eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hinielt, die man bei den Hirsch-Dunkerianern und vor allem bei den Gelben verspottet, drängen die Gewerkschaftsinfluenzen hinein, unterstützt von der Partei der Abhängigen. Für die Bürokratie wird die Arbeiterbewegung Selbstzweck. Mit kleinen Gnadenbröcklein, die von der Tisch der Kapitalisten abfallen, sollen die Arbeiter bei guter Laune gehalten werden. Und bei Lichte besehen, erringt man doch nur Scheinerfolge, denn ohne eine entschiedene sozialistische Politik nimmt die herrschende Gesellschaft den Arbeitern das, was man ihnen an Lohnerhöhungen zubilligt, auf dem Wege der indirekten Steuern und der Schutzpolitik doppelt wieder fort. Dabei dreht man sich dauernd im Kreise herum und kommt nicht weiter auf dem Wege der Sozialisierung der Gesellschaft.

Eine Minderheits-Gewerkschaftsstauna in Paris.

Am 24. Februar fand in Paris eine Tagung der Minderheit der französischen Gewerkschaften des Seine-departements statt. Anwesend waren etwa 200 Delegierte, die 25 Gewerkschaften vertraten, sowie Dele-

gierie der gewerkschaftlichen Jugendorganisation. Auf der Tagesordnung standen folgende vier Punkte: 1. Wirtschaftliche Lage, 2. Verbandskonferenz, 3. Internationale Konferenz, 4. Aktion der Minderheit.

Bei dem ersten Punkte der Tagesordnung wurden die Gehaltsfrage, Teuerung, Genossenschaftsrestaurant, Steuern, Beschlagnahme, Beschränkungen, Presse und vor allem die Friedensfrage besprochen. Der „Petit Parisien“ und die „Bataille“ wurden heftig wegen ihrer Haltung angegriffen und die Genossen aufgefordert, ein demnächst erscheinendes Minderheits-Wochenblatt „Plebe“ (Plebs) zu unterstützen. Das Komitee der gewerkschaftlichen Verteidigung (so nennt sich die Minderheitsorganisation der Gewerkschaften) umfaßt bereits 100—150 Vereinigungen oder Arbeiterbörsen.

Ein allgemeiner Kongress wurde verlangt und eine Resolution angenommen, die das Komitee beauftragt, einen allgemeinen Kongress einzuberufen, falls die Mehrheit sich weigere. Die Behandlung der Internationalen Konferenz wurde zurückgestellt, da man die Rückkehr der Minderheitsdelegierten von London abwarten wollte.

Am ausgiebigsten wird über die Aktion der Minderheit debattiert. Die Diskussion ist nach dem Bericht des „Journal du Peuple“ animiert und temperamentvoll und steht auf hohem Niveau. Uebereinstimmung wurde leicht erzielt, da alle Reden auf das gleiche Ziel hinausliefen: den Frieden. Der Sekretär eines Eisenbahnverbandes der Normandie teilt mit, daß seine Organisation bereits 3000 Mitglieder zähle und vor kurzem sich den Kienthalern angeschlossen habe, der Beschluß sei mit allen gegen einige zehn Stimmen gefaßt worden. Eine Resolution von Maurice, die verlangte: 1. die Spaltung, falls die Mehrheit auf dem nächsten Kongress unterliege, 2. die Ernennung einer besonderen Propagandakommission, wird abgelehnt; nur Punkt 3 wird angenommen, aber die Zensur hat seine Wiedergabe verhindert.

Aus den Organisationen.

Einen schmerzlichen Verlust hat der Wahlverein des 1. Kreises erlitten. Seine erste Vorsitzende, die Genossin Elisabeth Thiele, ist auf tragische Weise aus dem Leben geschieden. Sie wurde das Opfer einer Gasvergiftung. Bei der Zubereitung ihrer Abendmahlzeit ist sie durch aus einem schadhaften Schlauch austretendes Gas betäubt worden und fand, da sie allein wohnte, einen einsamen Tod, der wahrscheinlich bereits Mittwoch, den 20. März, eintrat. Erst am 23. März wurde ihr Verschiden festgestellt. Mit der Genossin Thiele verliert die Berliner Parteibewegung eine überaus eifrige und firebame Mitkämpferin. Nach Gründung der Unabhängigen Partei übertrug ihr das Vertrauen der Genossen des 1. Kreises den Vorsitz des Wahlvereins. Geschickt und unermüdlich hat Genossin Thiele die angestrichelte Eigenart dieses Kreises schwierige Organisationsarbeit geleitet. Auch als Mitglied des Zentralvorstandes hat sie ihre Pflicht in reichstem Maße getan. An Eifer, Einsicht und Ueberzeugungstreue konnte sie manchem Genossen als Vorbild dienen. Vom ersten Tage des Krieges an ist sie nicht einen Augenblick in ihrer Treue gegen den internationalen Sozialismus wankend geworden, obwohl ihr das Festhalten an ihrer Ueberzeugung aus mancherlei Gründen nicht leicht gemacht worden ist. Die so jäh Dahingegangene hat das Kriegsfeld im reichsten Maße erfahren. Schon zu Beginn des Völkermürgens verlor sie den Gatten, der als Vermittler spurlos von der Kriegsfurie weggerafft wurde. Genossin Thiele hat sich dadurch nicht niederdrücken lassen. Ihr idealer, mit praktischer Energie gepaarter Sinn machte sie zu einer tapferen Kämpferin für den Weltfrieden und den Sozialismus. Dabei konnte es für sie kein Fiktionen geben mit jenem Sozialismus, der seinen Frieden mit dem Kriege geschlossen hat. Genossin Thiele hat ein Alter von 34 Jahren erreicht; von Beruf Schneiderin, war sie als Hilfskassiererin des Schneiderverbandes tätig und nahm lebhaften Anteil an der Gewerkschaftsbewegung, deren Gesundheit ihr sehr am Herzen lag.

Mit den Genossinnen und Genossen des 1. Kreises trauert die ganze Berliner Parteibewegung, trauert der Zentralvorstand um eine Mitkämpferin, die ein tückisches Geschick so jäh aus unserer Mitte gerissen hat. In schwerer Zeit hat die Genossin Thiele dem Sozialismus die Treue gehalten, mit gleicher Treue soll ihr Andenken im Herzen der Berliner Genossinnen und Genossen bewahrt werden.

Renkülln. Aus Anlaß des 20-jährigen Bestehens der Frauenbewegung am Ort findet am Donnerstag, den 4. April, eine Frauenversammlung statt. Die Versammlung findet abends 8 Uhr in Wolffs Gesellschaftshaus, Kirchhofstr. 41, statt. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Bezirk Reinickendorf-St. Genosse Goerick, Nordbahnstraße 11, welcher im 3. Bezirk zum Gemeindevorsteher gewählt wurde, legt Wert darauf, seinen Wählern und Parteigenossen gegenüber festzustellen, daß er nicht, wie der „Vorwärts“ zu berichten wußte, der abhängigen Partei und Fraktion beigetreten sei, sondern Mitglied der Unabhängigen Partei sei und bleibe, auch bei Fraktionsstrennung letzterer angehöre werde. J. R. Die Bezirksleitung.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin-D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 34-38.